Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion [illegible]
Prag, II., [illegible]ovo nám. [illegible]

Telephone:
Tagesredaktion: 6795.
Nachtredaktion: 6797.

Postscheckamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

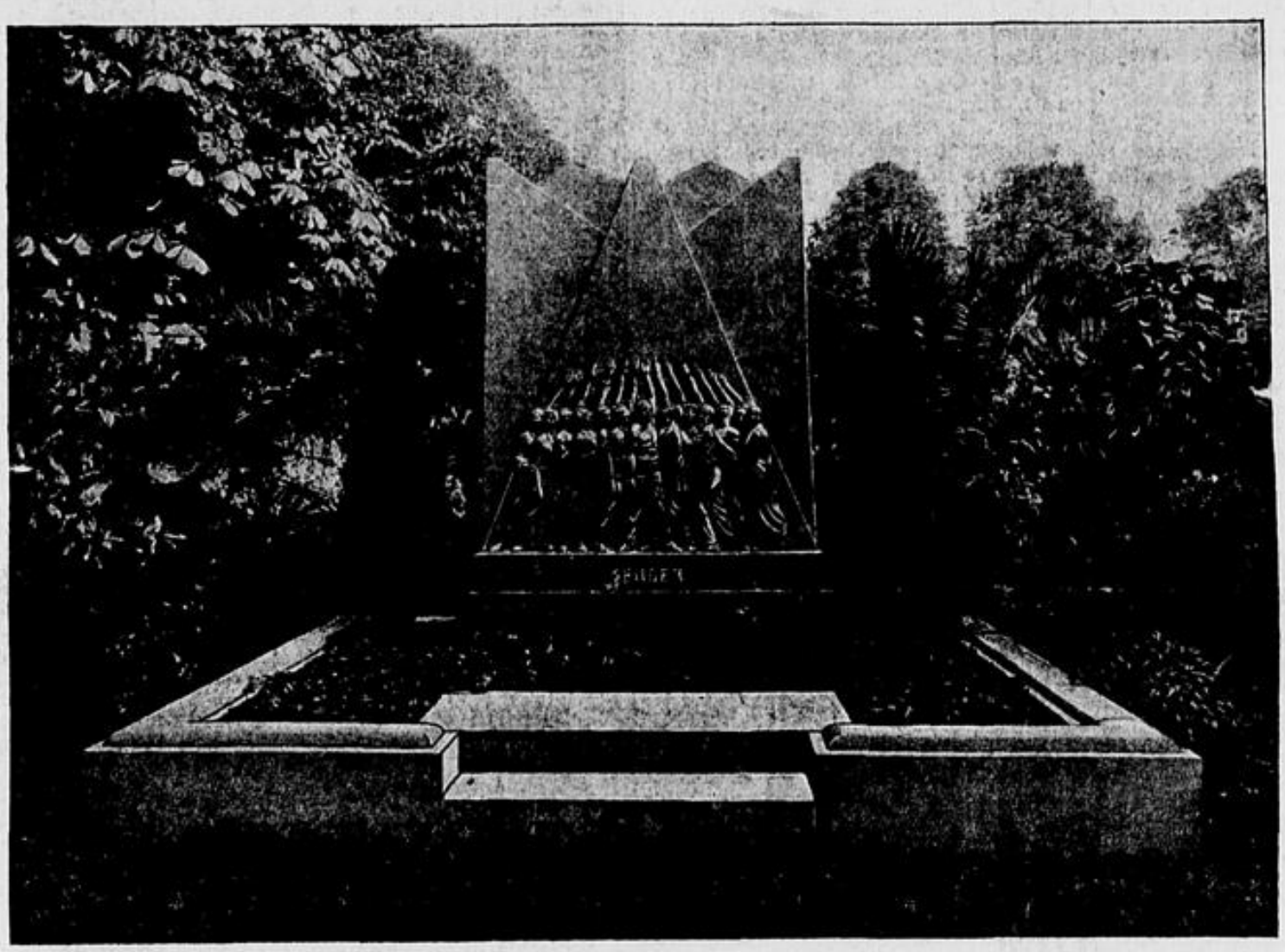
Bezugs-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:
monatlich . . . . Kč 16.—
vierteljährlich . . „ 48.—
halbjährig . . . . „ 96.—
ganzjährig . . . . „ 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

4. Jahrgang. Sonntag, 19. Oktober 1924. Nr. 247.

Ein Denkmal für Josef Seliger.



Abordnungen aller Organisationen der deutschen Arbeiterschaft dieses Landes werden heute nach dem Schönauer Friedhofe in Teplitz-Schönau ziehen, zu jenem Grabe, das den Leib unseres geliebten und unvergeßlichen Führers Josef Seliger birgt. Dankbare Liebe seiner Freunde und Genossen hat es mit einem Denkmale geschmückt, um das sich heute die Abgesandten aller Arbeiter-Organisationen versammeln werden zu einer Gedächtnisfeier für den großen Toten.

Um Seligers Andenken lebendig zu erhalten, bedarf es keines Denkmals. Er lebt fort in seinem Werke, in der Partei, die er geschaffen, in ihrer Politik, die er bestimmt, in der Arbeiterklasse selber, die er emporführen half aus dumpfem Sklavendasein zur Höhe ihrer heutigen Kultur. Was die deutsche Arbeiterklasse dieses Landes ist, das dankt sie zum großen Teile ihrem besten und treuesten Sohne, dankt sie dem Arbeiter Josef Seliger. Ausdruck dieser unauslöschbaren Dankbarkeit soll das Denkmal sein, ein Zeichen der Liebe und Verehrung, die uns für immer mit dem toten Führer verbindet.

Aus breitem Fundament steigt ein drei Meter hoher Block auf, der sich in fünf Spitzen teilt, darstellend die fünf Erdteile, die zusammen eine Einheit bilden, — die Internationale, der Josef Seliger diente und der er gehörte. Denn immer war ihm die Internationale mehr als ein Zweckverband der das Gleiche wollenden Arbeiter aller Nationen, sah er in ihr die kommende Organisation der Menschheit. Ergebnis seines unbedingten Internationalismus, der gleiche Unabhängigkeit und gleiche Freiheit für alle Völker forderte, war auch sein Kampf um das Selbstbestimmungsrecht. Keiner war berufener als er, für die Freiheit seines Volkes einzutreten, da er allzeit die Freiheit aller Völker gewollt hat.

Aus dem Block springt ein steiles Dreieck vor, auslaufend in die mittelste der fünf Spitzen. So stolz, so kühn, so unbeirrt strebte auch Seligers Geist empor. So wollte er auch den Aufstieg des Proletariats. Aufstrebende, Aufwärtswollende sind auch die Arbeiter, die dieses Dreieck beleben: Eine Gruppe von Arbeitern und Arbeiterinnen, Alte und Junge, Hand- und Kopfarbeiter. Sie drängen dicht aneinander, Masse werdend. Gebieterisch weisen ihre linken Hände nach abwärts, auf den Boden, auf dem sie stehen, abwehrend etwaigem feindlichen Zugriff, das Errungene wahrend und wahrend ihr Recht. Hoch heben sich die rechten Arme. Zur Spitze weisen die Hände. Zu einem Chor des Schwures vereinigen sie sich. In dieser Masse, in diesen Arbeitern, in ihrer Sehnsucht, in ihrem Wollen, in ihrer Kraft, in ihren nach oben sich wendenden Gesichtern lebt Seliger, lebt seine Sehnsucht, sein Wille. Darunter, unter dieser Gruppe, nur ein Wort, nur der Name Seliger. Kein Spruch, kein Satz, der kündet, wer Seliger war, was er gewollt. Auch das Denkmal will zeigen, daß dieser Tote lebt. Es darf, um des Schicksals der deutschen Arbeiter dieses Landes willen, nie nötig werden, zu sagen, wer Seliger war und warum ihm ein Denkmal gesetzt wurde.

Das Denkmal ist ein Werk des jungen Teplitzer Bildhauers Johannes Watzal, der als Professor an der staatlichen Fachschule in Teplitz-Schönau wirkt. Es ist wohl das beste seiner Werke, einen hohen Grad künstlerischer Reife beweisend, den der strebsame, eifrig schaffende Künstler erreichte. Es ist ein schönes Zeugnis deutschen Kunstlebens in der Tschechoslowakei. Man darf wohl annehmen, daß nur ein deutschböhmischer Künstler vermochte, so glücklich mit den einfachsten Mitteln Wesen und Werk des größten deutschböhmischen Arbeiterpolitikers zu symbolisieren, der bei allem Weltbürgertum doch so ganz ein Sohn seiner deutschböhmischen Heimat war.

Für die Freiheit dieser Heimat hat Seliger gekämpft bis in die letzten Stunden seines Lebens. Aber er verstand unter dieser Freiheit etwas anderes als gemeiniglich unter Freiheit verstanden wird oder doch nach dem Willen der Herrenklassen eines jeden Volkes verstanden werden soll. Ihm war es nicht darum zu tun, daß deutsche Arbeiter nur für deutsche Kapitalisten fronen sollen. Nicht darum, Fremdherrschaft abzuwehren, um dem deutschen Bürgertum die Herrschaft über das deutsche Volk zu erhalten. Er wollte den Arbeiter von aller Herrschaft befreien und darum wandte er sich mit gleicher Leidenschaftlichkeit gegen nationale Fremdherrschaft wie gegen jegliche Kapitalsherrschaft. So war ihm das Selbstbestimmungsrecht etwas ganz anderes als den Deutschnationalen. Es sollte sein auch das Recht des Volkes, über die Art der Gütererzeugung und Verteilung, über seine soziale Ordnung zu bestimmen. Eine Waffe im sozialen Befreiungskampfe des Proletariats — und nicht nur des deutschen — sollte das Selbstbestimmungsrecht werden. So hat es Seliger verstanden. **Und deshalb führte er den Kampf darum als Internationalist wider den Nationalismus, als Arbeiter gegen den Kapitalismus.**

Früher Tod hat dem Tapferen die Waffe vorzeitig entwunden. Unvollendetes Werk hat er uns hinterlassen. Die Arbeiter, die Seliger zur Freiheit führen wollte, sind noch nicht frei. Zwiefaches Unrecht dulden sie, zwiefache Ketten tragen sie. Der imperialistische Friede weigerte ihnen die nationale Freiheit, er verhinderte ihre soziale Befreiung. So muß denn der Kampf weitergehen. Jener Kampf, der das Erbe Seligers ist. Das kündet uns sein Grabdenkmal, was er gewollt und was wir wollen müssen, was er begonnen und wir vollenden sollen. Wir werden an Seligers Grab treten, um zu geloben, sein Erbe treu zu verwalten. Und die zum Schwur erhobenen Hände auf Seligers Denkmal sollen Symbol sein auch unseres Schwures.

Smerals Antwort.

Unter den Aergsten der Sünder, die von den Moskauer Hohenpriestern des Bolschewismus „rechter Abweichungen" schuldig befunden wurden, war bekanntlich auch die Mehrheit der derzeitigen Exekutive der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und im besonderen Smeral und Kreibich. Die Beiden sind aus Moskau zurückgekehrt, wo sie heftigen Tadel wegen ihrer opportunistischen Haltung ernteten, eine Haltung, die dem Drange Moskaus nach „Bolschewisierung" aller ihrer Sektionen nicht im geringsten zusagt. Smeral und Kreibich mußten in Moskau wohl demütig zu Kreuze kriechen, sonst wären sie, wie so manche andere vor ihnen, „geflogen", aber der allmächtige Sinowjew kam bald darauf, daß das von den Vertretern der Mehrheit in der Führung der K. P. C. abgelegte Glaubensbekenntnis zu den anbefohlenen Methoden nur ein Lippenbekenntnis ist, denn die dem Weltkongreß hier folgende Diskussion war derart, daß er, Sinowjew, höchst persönlich in die Diskussion eingreifen und die Abkanzelung der widerspenstigen Exekutiv-Mehrheit der K. P. C. nochmals gründlich wiederholen mußte. Bis dahin hatte Smeral sich in Schweigen gehüllt und nur die anderen vorgeschickt. Sinowjew hat nun in dem Artikel, mit dem er in die Diskussion eingriff, Smeral direkt zur Aeußerung darüber herausgefordert, wie sich dieser zu den Beschlüssen des Weltkongresses stelle und ob er ohne Umschweife und Vorbehalte für die Durchführung dieser Beschlüsse arbeiten wolle oder nicht.

Diese Antwort hat Smeral auf einer kürzlich in Kladno abgehaltenen Kreiskonferenz der Partei erteilt, aber Sinowjew wird nach dieser Rede sagen dürfen, daß er nun ebenso klug ist als zuvor. Die sehr umfangreiche Rede ist ein Meisterstück Smeralischer Rethorik und Rabulistik. Er sagt auf die Frage, ob er sich dem Diktat Moskaus beuge, nicht nein, im Gegenteil, er wendet sein schönstes Pathos daran, um die Frage weithinschallend mit „Ja" zu beantworten. Aber im Grunde genommen, ist die Rede eine einzige Polemik gegen Sinowjew, gegen die Moskauer Bolschewisierungs-Weisungen und gegen die Neurath und Genossen, die von Sinowjew zur Unterwühlung der Exekutivmehrheit angestellten Maulwürfe. Man braucht nicht allzu hellhörig zu sein, um aus Smerals Ausführungen den Hohn herauszuhören: wir stimmen euren Weisungen zu, weil wir müssen, aber diese Zustimmung könnt ihr euch hinter den Hut stecken, wir werden in der Praxis doch machen, was wir wollen.

Der mit allen Wassern gewaschene Smeral weiß, daß eine Unterordnung unter die Befehle, die das große Schaugericht des Komintern-Kongresses zum Zwecke der Bolschewisierung der unterlanen Sektionen erließ, ebenso die Zerstörung der K. P. C. bedeuten würde, wie dies bei den kommunistischen Parteien der anderen Länder der Fall war. Er will aber lieber mit der Schmach des Opportunismus weiter leben, als mit der „reinen" und „kompromißlosen" bolschewistischen Taktik in „Ehren" sich zugrunde richten lassen. Und so bleibt der Oberopportunist lustig im Strome der Sünden und Missetaten schwimmen, die Moskaus Entsetzen erwecken.

Unter denen, die Sinowjew gegen Smeral und die Seinen ausspielt, ist besonders die kommunistische Jugend, die ja meist die Neigung besitzt, dem Radikalsten zu folgen. Smeral legt nun den jungen Leuten dringend und mit unverhehlenem Spotte nahe, vorerst doch lieber zu zeigen, was sie in ihrer eigenen Organisation zu leisten vermögen, ehe sie sich als die Kritiker und Alles-besser-Wisser gegenüber den älteren Genossen auftun. Dabei verrät Smeral, in welch erbarmungswürdigem Zustande sich die gesamte kommunistische Jugendbewegung befindet. Man kann nicht einmal von einem Trümmerhaufen sprechen, denn nicht Trümmer sind davon noch vorhanden, höchstens noch schäbige Reste. Also Smeral sagt: „Ihr wißt, daß die Jugend jetzt großes Interesse für die Bolschewisierung der alten Genossen zeigt." Der Hohn trifft gut. Wer ist aber diese „Jugend" und wie stark ist sie, um den „alten Genossen" naseweise Ratschläge geben zu wollen? Darüber sagt Smeral:

„Die Jugendbewegung ist bei uns sehr schwach, zwischen den organisierten Parteimitgliedern und den Mitgliedern der Jugend besteht ein beträchtliches Mißverhältnis. So hat z. B. im ganzen Prager Kreisgebiet unsere Partei 20.000 Zeitglieder, während in der Jugendbewegung nicht mehr als 870 organisiert sind ... Obwohl die Jugend theoretisch sehr schnell das Organisationsprinzip nach den Betrieben annahm, hat sie im ganzen Kreise nur acht funktionierende Betriebszellen, insgesamt mit 65 Mitgliedern und zwölf unregelmäßig fungierende, mit stationierender Mitgliedschaft, in der Zahl nicht mehr als Hundert. Diesen Zustand kann man auch nicht dadurch verdecken, daß den Zellen große Namen gegeben werden, wie Marx, Liebknecht, Trotzki, oder daß über unbedeutende Versammlungen der Jugendgenossen in der Zeitung berichtet wird, sie hätten in etwas pathetischer Weise Sinojew zum Ehrenvorsitzenden ernannt ... Der Reichenberger Kreis hat gegen 14.285 Parteimitglieder und 1719 Mitglieder der Jugendorganisationen, wovon 383 in Betriebszellen organisiert sind. In Prag ist es beachtenswert, daß die Jugend im bürgerlichen Teil der Stadt Weinberge, Besowitz 209 Mitglieder, im proletarischen Teil Lieben nur fünfunddreißig hat."

Und damit die Jugend, die, obwohl sie nichts zuwege bringt, dennoch Smeral zu kritisieren wagt, diese Frozzelei nicht mißversteht, fügt Smeral daran die Worte: „Wir erwarten, daß sie nach dem Kongreß der Partei mit ebensolcher Anstrengung wie in der jetzigen Diskussion, auch in der Arbeit unter den jungen Arbeitern in der Fabrik und in den Dörfern fortschreitet, daß sie die Methoden zum Eindringen in die Massen der jungen Arbeiter findet." Früher beliebte es den Kommunisten, als sie noch als „Linke" die sozialdemokratische Partei zu zerlegen suchten, die „vorwärtsstürmende" Jugend gegen die „alte, verbonzte" Führung auszuspielen, jetzt heißt es: wischt euch den Schnabel ab und lernt erst in der Partei arbeiten, ehe ihr alte, erfahrene Genossen zu kritisieren sucht. „Ihr wißt, daß die Jugend jetzt großes Interesse für die Bolschewisierung der alten Genossen zeigt. Wir wollen diese Tätigkeit, durch die die Jugend in unsere Reihen eingreift, belohnen, indem wir uns das Ziel setzen, die Jugend zur Arbeit zu drücken." Dieses ist Smerals erster Streich, doch der zweite folgt sogleich.

Smeral wird außer von den Jugendlichen auch noch von anderen Gruppen in der Partei arg bedrängt, die ihm als Handlanger Sinowjews das Leben sauer machen. Diese Gruppen drängen auf Entfernung Smerals und Kreibich aus der Exekutive der K. P. C. und unter diesen Malkontenten befindet sich, um ein pikantes Detail anzuführen, auch Neurath, der ehemalige Stallmeister Sancho Pansa Kreibichs. Ueber diese Gruppe der Unzufriedenen sagt Smeral:

„Obwohl kein Zweifel darüber besteht, daß die Beschlüsse des fünften Kongresses angenommen werden und durchgeführt werden müssen, wartet noch die ernste praktische Frage auf Antwort, wer sie in Zukunft durchführen soll, oder wie in Zukunft der Vollzugsausschuß zusammengesetzt sein soll. Wieder muß diese Frage konkret überlegt werden. Kann die heutige Opposition, geführt von den Genossen Neurath, Verdik und Seidler selbst die Parteileitung allein übernehmen und sie besser führen als die bisherige Leitung? Obwohl ich hier auch in eigener Sache sprechen und es leicht wäre, sich der Verantwortung zu entziehen, antworte ich offen auf diese Frage: Keineswegs.

Mit anderen Worten: Kritisieren können sie, die Neurath und Genossen, aber wenn man sie selber an die Spitze der Partei stellen würde, da sähe es schön aus! Bekanntlich haben die Kreibichs und Neuraths früher stets in der sozialdemokratischen Partei für den Ersatz der alten Genossen in der Führung durch Arbeiter aus den Fabriken plaidiert, jetzt, wo es Kreibich und Smeral an den Kragen geht, ertönt ein anderes Lied. Smeral sagt nämlich zur Rettung seines Freundes Kreibich:

„Ich sehe keinen ausreichenden Grund und hielte es nicht für gut, wenn bei einem solchen Bedarf an guten Arbeitern Genosse Kreibich der Pflicht der Arbeit, die mit der Parteileitung verbunden ist, beraubt würde. Es würde die Partei nicht vorwärts führen, wenn in der praktischen Arbeit jene schablonenhaften Methoden mehr zur Geltung kommen sollten, mit denen die Jugend auf dem Feld ihrer eigenen Wirksamkeit bisher arbeitete. Ich bin nicht gegen die Zuziehung neuer proletarischer Kräfte aus den Betrieben. Aber Euch, die Ihr Arbeiter seid, sage ich offen, daß auch das keine genügende Garantie ist. Die Arbeiter in den Betrieben waren in den letzten Jahren oft schwerfälliger als die Leitung. In die Leitung der Partei gehören die besten, fähigsten und entschiedensten Genossen. Aus der Opposition waren bisher darin die Genossen Burian, Neurath, Verdik, Fried, die ersten davon im engeren Vollzugsausschuß. Ich mache gegen keinen von ihnen in Bezug auf die Mitgliedschaft im künftigen Vollzugsausschuß Einwendungen. Wenn die Opposition noch weitere oder andere Kandidaten hat, werden sie sicher dem Kongreß vorgelegt. Ich bin aber der Ansicht, daß der Kongreß selbst bei der Wahl des künftigen Vollzugsausschusses nicht von fraktionellen Gesichtspunkten ausgehen sollte, daß er nicht danach wählen soll, wer jetzt in der Diskussion oppositionell ist oder nicht, sondern sorgfältig die ganze Persönlichkeit jedes Kandidaten bewerten und in den Vorzugsausschuß wirklich die festesten, stärksten und geeignetsten Genossen entsenden soll. Ich glaube, der engere Vollzugsausschuß sollte um zehn Mitglieder erweitert werden. Es sollen wegen ihres Standpunktes in der Diskussion nicht Genossen hinausgedrängt werden, deren Leistungsfähigkeit und Disziplinierthheit unstreitig sind und deren Mitarbeit gleichzeitig schwer entbehrlich ist. Der Vollzugsausschuß muß durch Arbeiter ergänzt werden, die in den Fabriken arbeiten, aber auf diese dürfen nicht übertriebene Hoffnungen gesetzt werden, auch sie werden nicht Wunder verrichten."

Vor Tisch las man's anders! Früher hieß es, je mehr in der Partei (natürlich war dies noch die sozialdemokratische!) gestänkert wird, desto besser für sie, heute beruft sich Smeral sogar auf Lenin, der einmal gesagt haben soll, die Partei sei keine Gans, die um jeden Preis zwei Flügel haben müßte.

Smeral versichert also — mit dem Munde — die Beschlüsse des fünften Kongresses müßten „ohne Zweifel angenommen und durchgeführt werden", nur eine kleine Frage harrt noch der Beantwortung, wer diese Beschlüsse durchführen wird! Indem Smeral diejenigen, die Sinowjew assistieren, derart übers Knie legt, verrät er, wie die Durchführung der Beschlüsse aussehen wird, wenn sie ihm anvertraut bleibt! Es wird aber auch noch an der Hand dieser Beschlüsse, besonders jener über die nationale Frage, zu zeigen sein, wie groß die Hoffnungen der Moskauer Oberpriester auf die Bolschewisierung der K. P. C. sein dürfen. Smerals Antwort wird in Moskau keine Freude erwecken!

Vor der Entscheidung im Porzellanarbeiterstreit

Heute Beratungen der Porzellanarbeiter und Industriellen über das Ergebnis der reitägigen Verhandlungen.

Karlsbad, 18. Oktober. (Eigenbericht.) Wie bereits bekanntgegeben wurde, begannen gestern nachmittags drei Uhr im Bureau des Wirtschaftsverbandes die weiteren Lohn- und Vertragsverhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband der Porzellanindustriellen und der Keramarbeiterschaft. Dieselben gestalteten sich infolge der schweren Gegensätze, welche zu überbrücken waren, und des umfangreichen Materiels, das bewältigt werden mußte, ungemein schwierig. Von drei Uhr nachmittags bis zwölf Uhr nachts berieten die Delegierten beider Verbände, um einen Ausweg aus dieser schwierigen Situation zu suchen.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen, über das wir heute noch nicht berichten wollen, wird am Sonntag einer Plenarversammlung des Arbeitgeberverbandes der Porzellanindustrie und gleichzeitig einer Obmännerkonferenz der Porzellanarbeitergruppen des Keramarbeiterverbandes zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden. Von der Zustimmung oder Ablehnung dieser beiden Körperschaften wird es abhängen, ob der Lohnkampf innerhalb der Porzellanindustrie weitergeführt wird oder ob der beiderseitige Friede geschlossen werden kann.

In wenigen Stunden wird also die Frage, ob dieser gewaltige Kampf innerhalb der Porzellanindustrie eine Fortsetzung findet oder beendet wird, entschieden sein.

Die Arbeiterschaft allerorts soll in der bisher bewiesenen Solidarität fortfahren, bis es gelingt, die endgültige Entscheidung herbeizuführen.

Christlichsoziale „Bodenreform"

Die Christlichsozialen Seite an Seite der Großgrundbesitzer.

Am Landesparteitag der christlichsozialen Partei Böhmens, welcher dieser Tage in Rumburg stattfand, hielt Abg. Dr. Feierfeil aus Teplitz ein ausführliches Referat über die Bodenreform. Man braucht in dieser Tatsache nichts Auffälliges zu finden, denn die Frage der Bodenreform gehört zu den wichtigsten und tiefeinschneidensten Problemen, über deren Tragweite in nationaler und sozialer Beziehung sich die wenigsten Menschen ein richtiges Bild machen.

Aber die prinzipielle Art und Weise, wie Herr Dr. Feierfeil zur Bodenreform Stellung nimmt, ist zu kennzeichnend, um übergangen zu werden. Man erkennt an ihr wieder einmal, welch' fragwürdigen „Sozialismus" die christlichen „Sozialisten" verzapfen. Monsignore Feierfeil ist ein gar streitbarer Herr und die nationalen Töne weiß er so kräftig anzuschlagen, daß selbst der radikalste aller deutschen Nationalisten, Herr Dr. Lodgman ihm jüngst ein „Heil dem deutschen Priester" zurief. Wäre Herr Lodgman am Landesparteitage in Rumburg gewesen, er würde das Lob des deutschen Priesters wiederholt haben, denn in der Frage der Bodenreform vertrat Herr Monsignore einen durchaus nationalistischen — und was entscheidend ist — antisozialistischen Standpunkt. Er meinte, die sozialistische Tendenz der Bodenreform äußere sich in der „Wegnahme" des Großgrundbesitzes ohne Entschädigung", was bekanntlich nicht zutrifft. Der Redner wußte dies auch, weshalb er die den Großgrundbesitzern zu zahlende Entschädigung „als fast nichts anderes wie eine Enteignung" bezeichnete. Dies bedeute aber „die völlige Vernichtung des Eigentumbesitzes". Der sozialistische Klassenkampf kommt nach Herrn Dr. Feierfeil darin zum Ausdruck, „daß von den neuen Machthabern eine am wenigsten geliebte Klasse besonders getroffen werde". Dem Herrn Monsignore gefällt weiter nicht, „daß insbesondere die Konfiszierung der alten Stiftsbesitze, z. B. Osseg, Tepl, eine Verunmöglichung für diese Stifte bedeuten, ihre Jahrhunderte alte Arbeit auf dem Gebiete der Kultur, Wissenschaft, Kunst, Religion und C[illegible] das fortzusetzen. Kurz — am Eigentum der Großgrundbesitzer und der Kirche soll nicht gerüttelt werden!

Ganz überflüssiger Weise ist dem in der „Nordböhmischen Volkspost" abgedruckten Referat in Klammern angefügt, daß die Einzelangaben auf Artikel des Senators Dr. Ledebur und des Abg. Dr. Medinger — zwei geeichte Großgrundler — und auf eine Schrift des deutschen Großgrundbesitzes zurückzuführen sind: auch ohne dieser Bemerkung hätte jeder Kenner der Dinge sofort gewußt, daß die Herren Christlichsozialen in dieser Frage programmatisch nichts anderes als kapitalistische Handlangerdienste leisten würden. Wer erwartet hätte, daß der Geistliche Dr. Feierfeil im Sinne der Lehren Christi sprechen würde oder der heiligen Kirchenväter, irrt sich gewaltig. Wo sind die Zeiten des Urchristentums hin, als die ersten christlichen Gemeinden ein kommunistisches Gepräge trugen und die Nächstenliebe das gemeinsame Band war? Wo die Zeiten, als die geachtetsten Kirchenväter (Basilius, Hieronymus, Chrisostomus, Ambrosius und Klemens) die von Monsignore so warm verteidigte Einrichtung des Privateigentums heftig befehdeten, als sie sprachen: „Am besten ist der gemeinsame Besitz an allen Dingen"; „das Eigentum, das nicht aus der Arbeit (des Besitzenden) herstammt, ist dem Raube und dem Diebstahl gleichzumachen", „mit Fug und Recht muß alles allen gehören"?!

Wo sind auch die Zeiten, als man am lateranischen Konzil den Wucher verurteilte und beim allgemeinen Kirchenkonzil von Vienne das Zinsnehmen als sündhaft bezeichnete? Die alleinseligmachende Kirche sanktionierte erst im Laufe der Entwicklung jedes Privateigentum und hatte damit jenen Charakter angenommen, den sie heute, im Zeitalter des entwickelten Kapitalismus so scharf ausgeprägt trägt. Die erhabene Lehre Christi, das Urchristentum haben mit dem modernen Christentum wenig mehr gemein. Heute sind nicht mehr die genannten Kirchenväter für das praktische Wirken der Christlichsozialen maßgebend, sondern die Encyklica vom Jahre 1891, worin es heißt: „Bei allen Versuchen zur Abhilfe gegenüber den sozialen Notständen der Gegenwart ist durchaus als Grundsatz festzuhalten, daß das Privateigentum unantastbar und heilig ist". Mit diesem päpstlichen Dokument rechtfertigen die Christlichsozialen vom Schlage des Monsignore Feierfeil die stetige Ansammlung ungeheuerer Vermögen, ohne zu fragen, woher sie stammen, und sanktionieren die Massenenteignung des arbeitenden Volkes zugunsten der oberen Zehntausend. Sie treten den Klassen entgegen, deren sich Christus angenommen hat und nützen den Klassen, die ihn ans Kreuz geschlagen haben. Nach unserer Auffassung sind die Produktionsgüter, also auch Grund und Boden, zum Nießbrauch aller und nicht zum Mißbrauch weniger vorhanden. Da die Klerikalen sich auch für das Privateigentum von unbegrenzter Ausdehnung einsetzen, so stehen sie in diesem Punkte im schroffsten Gegensatz zu Christi Lehren, „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon", sagt er. Die christlichsoziale Partei und ihr Führer Dr. W. Feierfeil vertreten somit in der Eigentumsfrage nicht das, was Christus lehrte, die Christlichsozialen sind in dieser Richtung nicht christlich und handeln auch nicht christlich.

Aber desto nützlicher und praktischer erscheint der neue christliche Standpunkt der Kirche selbst, die längst zu den Nutznießern der auf dem „heiligen" Eigentum gegründeten kapitalistischen „Ordnung" gehört. Schon vor dem Kriege betrug das nur ausgewiesene Kirchenvermögen in Böhmen allein 209 Mill. Friedenskronen, worunter 114 Mill. auf Obligationen und Privatkapitalien entfielen. Die Gesamteinnahmen des böhmischen Klerus waren mit über 15 Millionen Kronen und die Gesamtausgaben gegen 9 Millionen Kronen. Solche Ueberschüsse wurden gern in Grund und Boden angelegt. Die katholische Kirche hat in Böhmen einen Besitz von 150.000 Hektar = 3 Prozent der Gesamtfläche. Davon entfallen 99.2 Prozent aller kirchlichen Besitzfälle von 56.173 auf die Pfarreien und Pfründen, deren Güter im Durchschnitt 10.8 Hektar aufweisen. Diese unterliegen natürlich nicht der von Monsignore Dr. Feierfeil so sehr bekämpften Bodenreform. Dagegen besitzen die drei Augustinerklöster St. Thomas, Unter-Roeov und Weißwasser 2957 Hektar, die drei Benediktiner-

stifte Braunau, St. Margarethen und Emaus 10.393 Hektar, die vier Prämonstratenserstifte Tepl, Strahov, Seelau und Schlögl 21.881 Hektar, die zwei Zisterzienserstifte Hohenfurt und Osseg 9441 Hektar, das Metropolitan-Domkapitel zu St. Veit in Prag 11.028 Hektar und das Prager Erzbistum 23.850 Hektar. Man versteht, warum die Herren Schwarzen die Bodenreform nicht segnen! Unter den juristischen Besitzern Böhmens sind noch zu erwähnen: Das adelige Damenstift in Prag mit 6189 Hektar, der Malteserritterorden mit 5669 Hektar, der Kreuzherrenorden mit 5561 Hektar, ferner das adelige Damenstift zu den hl. Engeln mit 3127 Hektar, sämtlich unproduktive Mitglieder der menschlichen Gesellschaft, die nach einem Ausspruche Tompsons eine direkte Steuer auf die produktiven Klassen bilden; denn alle diese, das „heilige" Eigentum eifrigst verteidigenden Menschen produzieren nichts, was an Tauschwert dem gleich käme, was sie verzehren. Oder stimmt dies nicht, Herr Monsignore?

Auch in Mähren haben sich die geistlichen Herren, die dem gläubigen Volke stets erzählen, ihr Reich sei nicht von dieser Welt, ein großes Vermögen „erspart". Der Kirchenbesitz Mährens beträgt nämlich 81.857 Hektar = 3.8 Prozent der Gesamtfläche des Landes. Obendrein ist dieser Besitz höchst ungleich — also gar nicht sehr christlich verteilt. Denn 14 Besitzungen umfassen nicht weniger wie 83 Prozent des kirchlichen Grund und Bodens. Und zwar besitzt das Augustinerkloster St. Thomas zu Brünn 1286 Hektar, das Prämonstratenserstift Neureich 1518 Hektar, das Zisterzienserstift Marienthal 2014 Hektar, das Benediktinerstift Raigern 2079 Hektar, das Metropolitankapitel Olmütz 2919 Hektar, das Domkapitel Olmütz 5953 Hektar und das Erzbistum Olmütz 47.799 Hektar. Die übrigen 17 Prozent verteilen sich auf die Pfarreien. Endlich besitzt der Kreuzherrenorden 993 Hektar, der katholische Unterstützungverein in Olmütz 5953 Hektar, das adelige Damenstift in Brünn 7138 Hektar und der Hoch- und Deutschmeisterorden 9836 Hektar. Die Herren Geistlichen, die so viel vom schönen Jenseits sprechen, sorgten auch sonst dafür, daß ihnen im diesseitigen Jammertale nichts fehle. Sie sind auch in Mähren ganz bedeutende Großkapitalisten. Schon vor dem Kriege betrug das amtlich ausgewiesene Kirchenvermögen Mährens über 82 Millionen Kronen, darunter rund 46.5 Millionen an Obligationen und Privatkapitalien, deren Höhe natürlich nicht leicht zu überprüfen ist. Nach dem Oesterreichischen statistischen Handbuch 1903, Seite 82 und 83 wurden die Gesamteinnahmen des mährischen Klerus mit 5,291.669 Kronen beziffert, denen Gesamtausgaben für den Unterhalt der 3328 Geistlichen und Nonnen in der Höhe von 2,887.362 Kronen gegenüberstanden. Der Staat zahlte trotz dieses glänzenden Standes der Finanzen dem mährischen Klerus noch 943.000 Kronen. In Böhmen erhielt die enorm reiche Kirche jährlich 2,119.031 Kronen jährlich! Daß der Staat heute noch die „arme" katholische Kirche, respektive deren Diener unterstützt, pardon, bezahlt, ist bekannt.

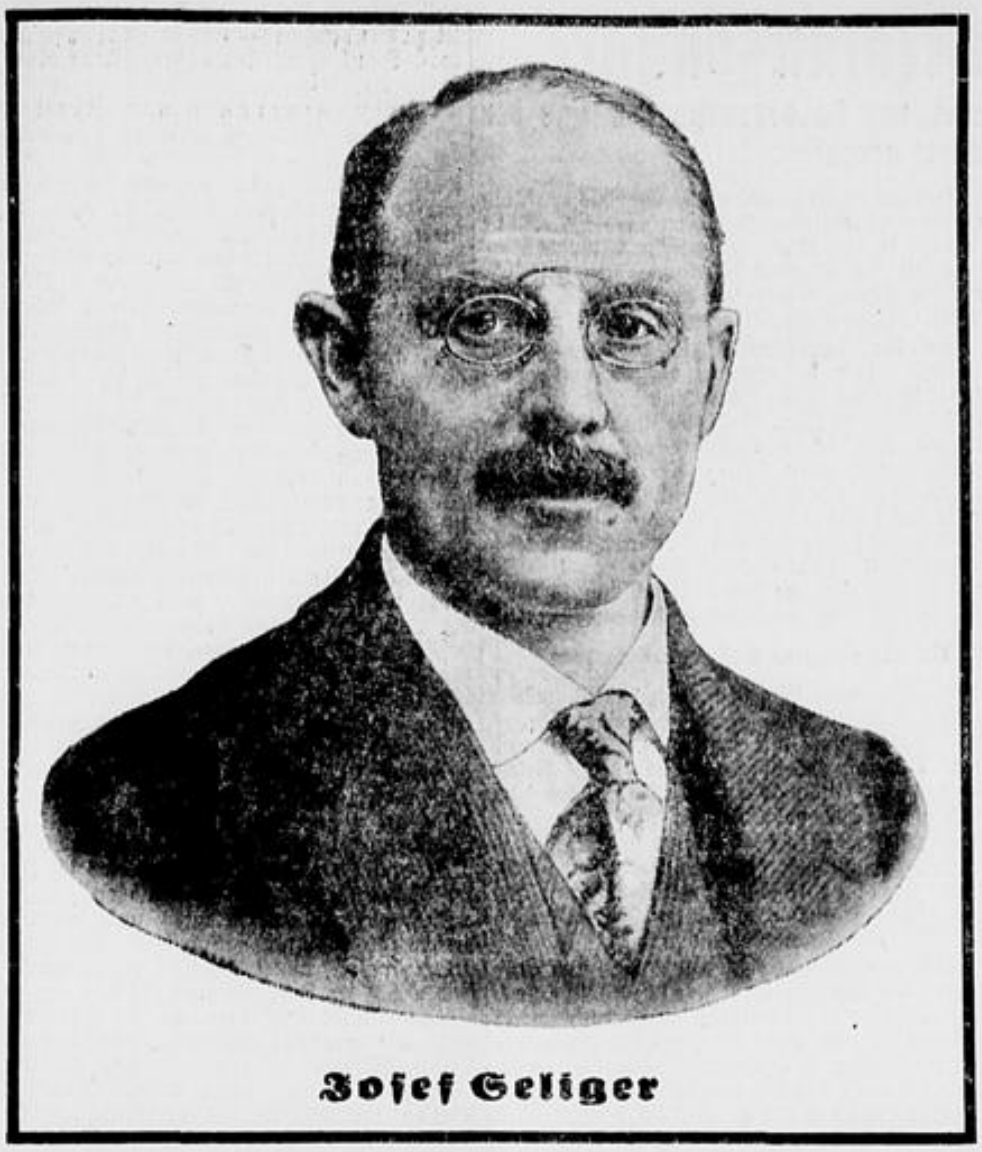
In Schlesien hat das Bistum Breslau 36.891 Hektar = 7.3 Prozent der ganzen Fläche, = 91.5 Prozent des Kirchenbesitzes in der geweihten Hand. Ueberdies verfügen vier weltliche Orden über 15.482 Hektar. Das amtlich ausgewiesene Kirchenvermögen belief sich in Schlesien auf über 17.5 Millionen Kronen, darunter Obligationen und Privatkapitalien im Werte von mehr als acht Millionen Kronen.

Seither hat sich das Kirchenvermögen bestimmt nicht verringert, wenn auch der Zufluß etwas nachgelassen haben sollte. Rechnet man heute den sechsfachen Friedenswert, so ergeben sich Summen, die uns berechtigen, die katholische Kirche zu den allergrößten Kapitalisten des Staates zu zählen. Herrn Dr. Feierfeil wird es ebensowenig wie seinen frommen Parteifreunden vom Schlage des Senators Ledebur in der Hauptsache um die Förderung der Kultur und der Charitas gehen, sondern um das „heilige" Eigentum der Kirche selbst, das durch die verteufelte Bodenreform geschmälert wird. Nur darum lehnt Herr Monsignore Feierfeil „diese Art der Bodenreform vollständig ab", was nach dem Gesagten recht begreiflich erscheint.

Aber Herr Monsignore Feierfeil vergißt nicht, daß er dem „gewöhnlichen" Volke auch etwas bieten muß, denn die sozialen Gegensätze sollen laut dem Sendschreiben Papst Leo XIII. vom Jahre 1891 harmonisch überbrückt werden: „Die Bewegung der Massen, in welcher die Gier nach fremder Habe erwacht, muß mit Kraft gezügelt werden", heißt es dort. Und so verschloß sich am Rumburger Parteitag Herr Monsignore Feierfeil nicht „einer gerechten Bodenreform", aber unter „Wahrung des Eigentumsbegriffs, der Hauptgrundlage wirtschaftlicher und sozialer, ja überhaupt aller Ordnung". Seine Vorschläge laufen darauf hinaus, die Innenkolonisation möge — versucht werden auf Staats- und ehemaligen Krongütern und jenen Flächen, welche der Großgrundbesitz — freiwillig zur Verfügung stellt. Verzeihung: dieser Trick ist nichts neues, sondern von den Großgrundbesitzern schon längst als eine „Lösung" des Bodenproblems empfohlen worden. Nur schade, Herr Monsignore, daß die Grundsätze der wirklichen Bodenreform etwas anders lauten. Der österreichische Professor Dr. Karl Sapper stellt folgende Hauptforderungen der Bodenreform auf: „1. Es muß ein Recht geschaffen werden, das es unmöglich macht, mit Grund und Boden Wucher zu treiben und zu spekulieren wie mit einer Ware. 2. Die Grundrente, das heißt das Erträgnis von Grund und Boden, sofern es nicht eine Frucht der Arbeit eines einzelnen Grundeigentümers, sondern eine Frucht der Tätigkeit der Gemeinschaft ist, muß auch der Gemeinschaft zugute kommen." Diese Grundsätze erinnern sehr an die Lehren der erwähnten Kirchenväter, aber nicht an jene des Herrn Monsignore Feierfeil und der hinter ihm stehenden Agrarkapitalisten. Die hunderttausende christlichsozialen Kleinlandwirte, welche dringend die Bodenreform wünschen, zählen nicht mit.

Es ist demnach ganz klar, daß die Herren Christlichsozialen auf Grund ihrer prinzipiellen Einstellung als Vertreter rein kapitalistischer Interessen niemals für eine wahre Bodenreform zu haben sind. Auch dann nicht, wenn nationale Fragen dabei keine Rolle spielen. Der nationalistische Mißbrauch der tschechoslowakischen Bodenreform macht es Herrn Monsignore Feierfeil leicht, seine grundsätzliche Ablehnung hinter klingenden nationalen Tiraden zu verbergen. Seine frommen Schäflein merken es gar nicht, daß sie lediglich die Schutztruppe der erzreaktionärsten Kapitalistengruppe bilden, daß die Christlichsozialen Seite an Seite mit dem Großgrundbesitz stehen, deren Motto ebenfalls lautet: „Heilig ist das Eigentum" — die Gier nach fremder Habe muß gezügelt werden."

J. Sch.



Josef Geliger

Ausland.

Der Weltmeister der Demagogie.

David Lloyd George fährt mit schweren Kanonen zum Wahlkampf gegen die Arbeiterpartei auf. Der alte Fuchs weiß aber sehr genau, daß ein eventueller Sieg des Bürgertums über die Arbeiterpartei für die Liberalen mindestens ein Pyrrhussieg wäre. Das Schicksal der liberalen Partei, zwischen den Arbeitern und den Konservativen zerrieben zu werden, ist besiegelt und der augenblickliche Wahlkampf bestätigt nur die Ohnmacht der Liberalen sowohl um Asquith als auch um Lloyd George. Lloyd George bemüht sich daher auch gar nicht besonders, jene lächerlichen Grundsätze, die er seit Jahresfrist in seiner Presse, zu der hierzulande die „Deutsche Zeitung Bohemia" gehört, breittritt, gegen Macdonald ins Treffen zu führen, sondern kehrt skrupellos zum früheren Programm seiner Partei zurück. Er hat seinerzeit den Krieg bis zum „Knock out" gepredigt, er hat den Frieden von Versailles gemacht und nach Versailles Poincare gewähren lassen. Als dann die Konservativen am Ruder waren, wurde er versöhnlich und als schließlich Macdonald kam, entpuppte sich der Deutschenhasser Lloyd George sogar als fanatischer Deutschenfreund. Macdonald machte ihm nichts recht, seine ganze Versöhnungspolitik war dem liberalen Politiker von einst immer noch zu frankophil. Jetzt entschließt sich Lloyd George ganz unvermittelt, wieder gegen Deutschland zu hetzen und Macdonald, wie seinerzeit im Kriege, als Vaterlandsverräter und Freund Deutschlands zu denunzieren. Offenherzig erklärt er in der „Deutschen Zeitung Bohemia", der es vorbehalten ist, die Auslandswahlpropaganda für den Schöpfer des Versailler Friedens zu leisten, daß England kein Interesse daran habe, Deutschlands Wirtschaft durch Gewährung einer Anleihe wieder konkurrenzfähig zu machen, und daß die Wähler daher nicht Macdonald, sondern ihm ihre Stimmen geben müßten, der immer für die Niederhaltung Deutschlands gewesen sei. Die englische Wählerschaft ist hoffentlich urteilsfähiger als die deutsche Offentlichkeit, die sich die Lloyd George-Artikel der „Bohemia" vorsetzen läßt, und wird dem Demagogen Lloyd George deutlich und gebührend antworten.

Telegramme.

Die Demokraten endgültig gegen den Rechtsblock.

Berlin, 18. Oktober. (Eigenbericht.) Die heutigen Besprechungen der Demokraten mit dem Reichskanzler haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Demokraten erklärten, daß ihre Teilnahme an einer Regierung mit den Deutschnationalen weder direkt noch indirekt in Betracht komme. Der demokratische Reichswehrminister Geßler wiederholte seine in der Fraktion abgegebene Erklärung, er werde in einer Regierung, an der sich seine Partei nicht beteilige, nicht verbleiben. Der Reichskanzler will sich nunmehr bis zum Montag die endgültige Entscheidung vorbehalten. Man nimmt jetzt als sicher an, daß die Bürgerblockregierung nicht zustande kommen und der Reichstags aufgelöst werden wird.

Die englischen Kandidatenlisten überreicht.

London, 18. Oktober. (Eigenbericht.) Heute sind offiziell für die 615 Sitze des Unterhauses rund 1400 Kandidaten nominiert worden. Der einzige Arbeiterminister, der ohne Gegenkandidat als gewählt zu betrachten ist, ist der Postminister. Die Konservativen erhalten über 30 Sitze ohne Wahlkampf. Auch Baldwin, der Führer der Konservativen, ist ohne Gegnerschaft wiedergewählt worden. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der Frauenkandidaten gestiegen ist und 42 gegenüber 31 im Jahre 1923 beträgt.

*

Ein Wahlaufruf Macdonalds.

London, 18. Oktober. (Reuter.) Der Wahlaufruf Macdonalds besagt, die Niederlage der Regierung im Unterhause sei der erste Schritt zur Durchführung des verabredeten Planes, die Regierung der Arbeiterpartei zu beseitigen, gewesen. Um einen Monat später vorgenommene Wahlen würden in viel ernstlicherer Weise den Handel schädigen, sie würden die Unsicherheit verlängern und in höchstem Maße Schwierigkeiten, ja allgemeine Verluste hervorrufen. Am meisten würde in der Zwischenzeit die Durchführung der Außenpolitik erschwert werden, was nicht übersehen werden darf.

Macdonald fordert das Land auf, die Arbeiterregierung neuerdings mit der Vollmacht zur Durchführung ihres großen Werkes zu betrauen, das ist der Sicherung des Friedens im Innern und nach außen, sowie dem Aufbaue des Familien- und des Volkslebens auf den Richtlinien der Finanz-, Industrie-, Schul- und Wohnungspolitik der Arbeiterpartei.

Anatole Frances Leichenbegängnis.

Paris, 18. Oktober. (Eigenbericht.) Unter Beteiligung des gesamten offiziellen Frankreich wurden heute nachmittags die sterblichen Ueberreste Anatole Frances zur letzten Ruhe begleitet. In unmittelbarer Nähe des Geburtshauses des großen Toten vor dem Institut de France, das in ihm sein größtes Mitglied verloren hat, war der Sarg auf einem Katafalk mit schwarzen und violetten Behängen und reichem Blumenschmuck aufgebahrt worden. Abordnungen wissenschaftlicher, literarischer und politischer Gesellschaften hatten zu beiden Seiten der Bahre Aufstellung genommen. Auf der Tribüne hatte sich der Präsident der Republik mit allen Mitgliedern der Regierung eingefunden. Reden wurden gehalten von Painleve im Namen des Parlaments, von dem Unterrichtsminister Albert für die Regierung, von Leon Blum für die sozialistische Partei, von Jouhaux für den Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbund, ferner von Vertretern der Akademie der literarischen Verbände und der Liga für Menschenrechte. Die Ueberführung des toten Dichters und seine Beisetzung fand unter ungeheurer Beteiligung der Pariser Bevölkerung statt.

Brantings Kabinett.

Stockholm, 18. Oktober. (Eigenbericht.) Ministerpräsident Branting hat heute sein Kabinett gebildet. Schweden erhält damit wiederum eine rein sozialdemokratische Regierung. Die bisherigen Redakteure des Sozialdemokraten Möller und Hansson übernehmen die Ministerien für Soziales und Militär. Minister ohne Portefeuille wird Lewinson, der bisher schon Staatssekretär im Wehrministerium war. Die meisten Minister haben schon dem früheren Kabinett Branting angehört.

Die Ratifizierung des Genfer Protokolles.

Genf, 17. Oktober. (Schw. Tep.-Ag.) Das in der letzten Tagung der Völkerbundsversammlung ausgearbeitete Protokoll betreffend eine friedliche Beilegung internationaler Konflikte [illegible] folgende Staaten unterfertigt: Albanien, Brasilien, Bulgarien, die Tschechoslowakei, Estland, Frankreich, Chile, Jugoslawien, Lettland, Polen, Portugal und Griechenland.

Die Radikalen und Sozialistisch-Radikalen für Herriot.

Paris, 18. Oktober. Der Kongreß der Radikalen und der Sozialistisch-Radikalen in Boulogne sur Mer beriet gestern über die innere Politik und nahm eine Tagesordnung an, welche sich für die aufrichtige Unterstützung des Kabinettes Herriot ausspricht. Der Kongreß verläßt sich auf die Festigkeit der Regierung Herriots bezüglich der Verwirklichung des Programmes vom 11. Mai.

Plünderungen in Kanton und Shaughai.

London, 18. Oktober. „Times" berichtet aus Hongkong über die Kämpfe in Kanton, daß nach Ueberwältigung der Freiwilligenverbände der Kaufleute die Truppen Sun-Yat-Sens mit Mordtaten und Plünderungen eingesetzt hätten. Mindestens 1000 Kaufläden seien zerstört worden. Der Schade wird auf fünf Millionen Pfund Sterling geschätzt.

Reuter berichtet aus Shanghai, daß die Lage eine Wendung zum Schlimmen genommen habe. 5000 gutbewaffnete führerlose und schlecht ernährte Truppen des geschlagenen Tschekiang-Heeres hätten sich an der Bahnlinie, eine Viertelmeile von der nordwestlichen Grenze der internationalen Niederlassungen entfernt, verschanzt und abgelehnt, sich zu ergeben. Einige Plünderungen seien vorgekommen.

Inland.

Einberufung der Nationalversammlung für den 30. Oktober.

Ein Handschreiben des Präsidenten, das vom 17. Oktober aus Topolčan datiert ist, erklärt die Session der Nationalversammlung für geschlossen. In einem zweiten Handschreiben beruft der Präsident die Nationalversammlung für den 30. Oktober zur Herbstsession nach Prag ein.

Die deutschen Nationalsozialisten und die Fabrikanten. Im Neutitschein er „Volksruf", dem lieblichen deutschnationalen Blättchen des Herrn Dr. Schollich, setzt sich O. Hermann, der „Führer" der deutschnationalen „Gewerkschaften", gegen die Angriffe zur Wehr, die die Nationalsozialisten in letzter Zeit gegen die deutsche Nationalpartei richten. Jüngst empfahl der Nationalsozialist Jung der Logdmanpartei die Gründung einer „Volksgemeinschaft der Fabrikanten". Das hörten die Deutschnationalen natürlich nicht gerne und darum wartet Herr Hermann jetzt den Knirschleuten mit einer entsprechenden Antwort auf. Durch seinen Mund geben die Deutschnationalen ihren ehemaligen Freunden den Vorwurf der „Fabrikantenpartei" folgendermaßen zurück: sie teilen mit, „daß erstens nur der kleinere Teil der Unternehmer in unseren Reihen organisiert ist, daß es zweitens schlechte Menschen bei allen Berufsständen gibt und daß drittens die Nationalsozialisten nicht die geringste Ursache haben, uns diesen Vorwurf zu machen." Vielleicht werden die Deutschnationalen — der Blödsinn von den „schlechten Menschen" scheint auf ihrem Miste gewachsen zu sein — im Verlaufe der Polemik deutlicher werden und einen Beitrag zu dem bekannten Kapitel über „die Nationalsozialisten und die Fabrikantenpartei" liefern.

Wiederum eine Bestechungsaffäre.

Der Vorstand des Elektrizitätsdepartements des Landesausschusses und der Direktor der Kabelfabrik verhaftet.

Prag, 18. Oktober. Die Polizeikorrespondenz meldet:

Der Landesverwaltungsausschuß kam auf eine Spur, die den Verdacht begründete, daß zwei Landesingenieure des elektrotechnischen Departements, die Funktionäre von Elektrizitätsverbänden sind, Bestechungsgelder annehmen. Durch weitere Nachforschungen wurde festgestellt, daß sich der Landesbaurat Ing. Josef Macháč aus Prag IV., der Vorstand des elektrotechnischen und Maschinendepartements des Landesverwaltungsausschusses, der in beratender Funktion im Königgrätzer, Pardubitzer, Koliner Verband und im Verband der mittelböhmischen Bezirke tätig ist, dafür einsetzt, daß Lieferungen für diese Verbände der Kabelfabrik A.-G., Preßburg, zugewiesen werden, und daß er

von dem Direktor dieser Fabrik, Ing. Rudolf Hašek, Bestechungsgelder empfängt.

Es wurde festgestellt, daß Ing. Macháč bei der Bürgerlichen Vorschußkasse in Prag III. **dreiunddreißig auf verschiedene Namen lautende Einlagebücher** hinterlegt hat, auf einen Gesamtbetrag von 276.099 K 41 h, ferner beim Verband der Vorschußkassen in Prag I. vier Einlagsbücher auf einen Betrag von 84.002 K 25 h, bei der Bürgerlichen Vorschußkasse in Prag III. weitere Einlagsbücher im Werte von 181.859 K. Außerdem wurden in seiner Wohnung drei Einlagsbücher der Prager städtischen Sparkasse auf einen Betrag von 11.309 K lautend beschlagnahmt.

Ing. Macháč gab ursprünglich an, er habe dieses Vermögen aus seinen ordentlichen und außerordentlichen Einnahmen erspart, gestand aber später, daß er seit dem Jahre 1920 von Direktor Hašek Bestechungsgelder in der Höhe von 30.000 bis 50.000 K angenommen und im ganzen etwa 500.000 K erhalten habe. Indessen wurde bei der Bürgerlichen Vorschußkasse in Prag III. noch ein Einlagsbuch auf den Namen Božena Křeček und einen Betrag von 659.784 K lautend gefunden. Bezüglich dieses Einlagsbuches behauptete Ing. Macháč, es gehöre der Frau Božena Křeček, Gattin des Direktors des Pardubitzer städtischen Elektrizitätswerkes, er habe es selbst angelegt und für Wenzel Křeček die Hälfte der Bestechungsgelder, die er von Ing. Hašek empfing, hinterlegt. Direktor Wenzel Křeček gab an, von der Existenz dieses Einlagsbuches gewußt zu haben, aber überzeugt gewesen zu sein, daß Ing. Macháč damit irgend einen Fonds für das städtische Elektrizitätswerk in Pardubitz begründen wolle.

Auf die beschlagnahmten Einlagsbücher waren im ganzen an Bestechungsgeldern etwa 1¼ Millionen K hinterlegt. Sämtliche Einlagsbücher und andere bei Macháč beschlagnahmten Effekten sowie die Einlagsbücher des Wenzel Křeček wurden als Corpora delicti dem Gerichte übergeben.

Bei der Untersuchung dieses Falles wurde festgestellt, daß der Baurat des Landesverwaltungsausschusses Ing. Jaroslaus Syrový im Jahre 1919 dem Ing. Vladimir Kašparek in Pilsen, mit dem er in Elektrizitätsangelegenheiten amtliche Beziehungen hatte, einen Kinoapparat für 12.000 K verkauft, aber nicht geliefert hat, obwohl der Kaufpreis sofort bezahlt worden war. Außerdem hat Syrový von Kašparek verschiedenes Installationsmaterial im Werte von 1500 K verlangt, ohne sich um dessen Bezahlung zu kümmern, so daß Ing. Kašparek in seinem Vorgehen

ein verschleiertes Bestechungsbegehren

erblickt. Es wurde festgestellt, daß das Vermögen des Ing. Syrový 200.000 K übersteigt. Syrový erklärt die Herkunft mit seiner Sparsamkeit und seinen Börsenspekulationen. Aus dem Briefe eines gewissen Anton Vaněk aus Stahleč vom 13. Oktober 1922 geht hervor, daß ihm Ing. Syrový 5200 K rückerstattet hat, die er als Bestechung empfangen hatte, und zwar aus dem Grunde, weil er 15.000 K verlangte. In diesem Briefe ist auch von anderen Geschenken die Rede, die Ing. Syrový erhalten hat.

Nach Zeugenaussagen des Ing. Vladimir Kašparek hat der Ing. Gottlieb Stárek, Inspektor der südböhmischen Elektrizitätswerke aus Tabor, zu einer Zeit, da er als Baukommissär beim Landesverwaltungsausschuß angestellt war, Darlehen von 3000 und 12.000 K erhalten, deren Rückerstattung Ing. Kašparek vergebens verlangt. Außerdem hat er als einprozentige Provision für Verhandlungen beim Kauf eines Elektrizitätswerkes in Bras 45.000 K erhalten. Ing. Stárek hat, als ihn Kašparek um die 15.000 Kronen mahnte, geäußert, Kašparek könnte sich diesen Betrag dem Preise der Waren zurechnen, die der Verband der Elektrizitätswerke von ihm abnehmen werde. Ingenieur Starek leugnet dies und behauptet, es handle sich um eine zivilrechtliche Schuld, die er nach Möglichkeit begleichen werde.

Ing. Josef Macháč, Ing. Jaroslaus Syrový, Ing. Gottlieb Stárek und Ing. Rudolf Hašek wurden heute dem Strafgericht in Prag eingeliefert.

Ein ekelhaftes Janusgesicht. In derselben Nummer des „Volksruf" findet sich folgender Erguß des Urteutonen Plawina: „Es gibt arische Schriftsteller, angeblich „deutschvölkische Dichter," die geradezu krampfhaft um die Gunst eines kleinen Judenblattes buhlen und königlich zufrieden sind, wenn es ihnen gnädigst gestattet, eine recht unbedeutende, nichtssagende „Kritik" zu veröffentlichen. Mancher arische Schriftsteller ist so niedrig gesinnt, daß er sowohl für Judenblätter als auch für arische Blätter schreibt. Gewiß ein ekelhaftes Janusgesicht." — Wir erlauben uns die höfliche Anfrage, ob diese Zeilen etwa gegen den großen Dichter Erwin Heine gerichtet sind, von dem wertvolle Beiträge mitunter im judenliberalen „Teplitz-Schönauer Anzeiger" zu bemerken sind und der im übrigen Schriftleiter der „Sudetendeutschen Tageszeitung" ist.

Die freitägige Konferenz der Wirtschaftsminister nahm vorläufig zu der Frage der Bierpreise noch keine Stellung ein. Es überwiegt die Anschauung, daß die Angelegenheit dem Ministerrat in dem Falle vorgelegt werden sollte, wenn die Brauereien trotz des bisher geltenden Erlasses die Preise erhöhen würden. Die freitägige Sitzung der Gastwirteorganisationen klang in eine Vertrauenskundgebung an die Vertreter der Gastwirte bei der Lösung dieser Frage und in einem Protest gegen die geplante Verteuerung überhaupt aus. Am Montag findet eine Sitzung der Brauereien statt, in der der definitive Beschluß gefaßt werden soll, ob und wann die Bierpreiserhöhung angekündigt werden soll. Die Deputation der Vertreter der Gastwirte und Brauereien, die am Freitag beim Finanzminister eine Ermäßigung der staatlichen Biersteuer ansuchen sollte, konnte nicht empfangen werden, weil der Finanzminister mit den Budgetberatungen beschäftigt war.

Restringierung des Budgets um 2 Milliarden. Freitag tagte die aus je fünf Mitgliedern des Abgeordnetenhauses und Senates bestehende Budgetkommission, in der der Ministerpräsident ein Exposé über das Budget erstattete. Nächste Woche wird im Ministerrate über das Budget und das Finanzgesetz definitiv entschieden werden. „Ceské Slovo" schreibt: Der Ministerrat hat in seiner Donnerstagsitzung das staatliche Budget bisher nicht genehmigt sondern es zur Schlußredaktion dem Exekutivausschuß der koalierten Parteien, dem sogenannten Zehnerausschuß zugewiesen, der den ganzen Tag über die Restriktion des Budgets beraten hat. Es wurde bereits angekündigt, daß es sich um die Herabsetzung des staatlichen Budgets um ungefähr zwei Milliarden Kronen handle. Bisher wurde dieser Betrag nicht erreicht, die Restrinktion umfaßt annähernd 1½ Milliarden Kronen, so daß noch eine halbe Milliarde fehlt. Strittig sind besonders Posten im Unterrichtsministerium, Gesundheits-, Außen- und Landesverteidigungsministerium. Die bisherigen Restrinktionen betreffen sachliche Aufwände.

Der Kampf gegen Dr. Dolanský. Im letzten Ministerrate gelangte die gegenwärtige Konfiskationspraxis auf die Tagesordnung. Alle Mitglieder des Ministerrates gaben dem Justizminister Dr. Dolanský offen zu verstehen, daß sie mit seiner Art der Preßpraxis nicht übereinstimmen. Jeder andere Minister würde — so bemerkt hiezu „Pravo Lidu", das seinen Kampf gegen Dolanský fortsetzt — daraus die Konsequenzen ziehen und sein Ministeramt niederlegen. Dr. Dolanský habe offenbar von der klerikalen Partei den Auftrag, das Justizministerium um jeden Preis zu halten und darin weiter nach Art der Inquisition zu amtieren, die den mittelalterlichen Vorstellungen der katholischen Kirche entspricht. Doktor Dolanský müsse gehen, da er das Vertrauen der Oeffentlichkeit verloren hat.

Budgetschwierigkeiten des Landes Böhmen. Beim Landesverwaltungsausschuß wird eben das Budget beraten. Es wird ein ungedecktes Defizit ausweisen, das trotz der wahrscheinlichen Streichungen, die bei den Beratungen vorgenommen werden, 120 Millionen Kronen übersteigen werde. Das Finanzministerium hat dem Verwaltungsausschuß mitgeteilt, daß es ihm für das Jahr 1925 eine staatliche Zuweisung, wie es in den letzten Jahren der Fall war, nicht zukommen lassen werde. Sollte der Staat die Subvention an das Land tatsächlich streichen, so wird der Verwaltungsausschuß vor ein außerordentlich schweres Problem gestellt, da es ihm nicht möglich sein wird unter der gegebenen Situation das finanzielle Gleichgewicht zu erhalten. Ende 1918 stellte sich die Schuld des Landes auf zirka 261 Millionen Kronen und vergrößerte sich in den darauffolgenden Jahren durch verschiedene Investitionen auf 501 Millionen Kronen. Diesen Schulden steht allerdings ein Vermögen des Landesfonds in der Höhe von 570 Millionen Kronen entgegen. Dem heurigen Defizit von über 120 Millionen Kronen steht der Landesverwaltungsausschuß vollkommen machtlos gegenüber, da es ihm an finanziellen Mitteln mangelt.

Errichtung konfessioneller Schulen? In der Prager Altstädter deutschen Schule wurden zwei Räumlichkeiten zu Gunsten einer jüdischen Schule beschlagnahmt. Es geschah dies auf Grund einer Eingabe der jüdischen Schule. Diese Beschlagnahme bedeutet für die deutsche Schule in der Prager Altstadt das Entstehen neuerlicher Platzschwierigkeiten. In geradezu erschreckender Weise macht sich in der letzten Zeit das konfessionelle Schulwesen breit. In der Slowakei werden immer neue katholische Schulen errichtet — man hofft dadurch die Politik der klerikalen Volkspartei zu beeinflussen — und in Prag beschlagnahmt man Schulräumlichkeiten für Zwecke einer jüdischen, also konfessionellen Schule. Offenbar soll so der staatserhaltende Zionismus gefördert werden. Ist schon die Errichtung konfessioneller Schulen vom Standpunkte der Demokratie in der Republik an und für sich zu verwerfen, so muß noch energischer dagegen protestiert werden, daß jüdische Schulen auf Kosten des deutschen Schulwesens errichtet werden. Wenn die Juden jüdische Schulen wollen, so sollen diejenigen, die das Bedürfnis danach haben, ihre jüdischen Schulen aus eigenen Mitteln errichten, nicht aber einer Minderheitsnation, deren Schulwesen ohnehin arg bedrängt ist, die Schulen wegnehmen.

Forderungen der Kriegsbeschädigten. Der Bundesvorstand des Bundes der Kriegsverletzten, Witwen und Waisen, Sitz Reichenberg, überreichte dem Ministerium für soziale Fürsorge eine Eingabe, in welcher eine Erhöhung der Teuerungszulage zu den Kriegsbeschädigten-Grundrenten auf 100 Prozent ab 1. Jänner 1925 verlangt wird. Begründet wird das Ansuchen mit der Berufung auf den Paragraph 42 des Kriegsbeschädigten-Versorgungsgesetzes, nach welchem für die Dauer der außergewöhnlichen Teuerungsverhältnisse ein „angemessener" Zuschlag verlangt wird. Der augenblicklich gezahlte 50-prozentige Zuschlag ist absolut nicht den jetzigen Teuerungsverhältnissen angemessen. Auch ist die Erhöhung der Teuerungszulage insofern noch dringend notwendig, weil die in der Republik gezahlten Kriegsbeschädigten-Grundrenten absolut nicht dem Stande des Kronenwertes im Inlande im Vergleiche zu den Rentensätzen der Kriegsbeschädigten anderer Staaten und des Kronenwertes im Auslande entsprechen. Die Preise der unumgänglich notwendigsten Bedarfsartikel befinden sich im steten Steigen, so daß die 100prozentige Teuerungszulage ab 1. Jänner 1925 mehr als berechtigt erscheint. Der Minister für soziale Fürsorge wird am Schlusse der Eingabe dringendst ersucht, sofort einen diesbezüglichen Antrag im Ministerrate vorzulegen, nach dem die Höhe der Teuerungszulage im Verordnungswege geregelt werden kann.

Schon wieder eine neue tschechische Partei. Nach „Ceské Slovo" ist unter den Kriegsgedienten eine neue Partei in Bildung begriffen, die sich „Partei der tschechoslowakischen Frontsoldaten" nennen wird.

Tages-Neuigkeiten.

Wenn schon nicht in die Kirche, so sollen sie doch ins Wirtshaus gehen!

Vor uns liegt eine der kulturfördernsten Zeitungen, die in Prag erscheinen: die „Tschechoslowakische Wein- und Spirituosen-Zeitung". Auch wer dieses wertvolle Fachblatt für Kellerwirtschaft noch nie in den Händen gehalten hat, wird sich ungefähr vorstellen können, welch köstliche, fruchtbringende Gedanken dieses Organ der Bierbrauer und Schnapsbrenner zu verzapfen hat. Das Köstlichste vom Köstlichen aber haben die Spirituosenindustriellen in der letzten Nummer dieser Zeitschrift ausgeschenkt. Daselbst ist eine Rede wiedergegeben, die der sächsische Theologe, Pfarrer Graichen, gelegentlich der 50jährigen Jubelfeier der Chemnitzer Gastwirteinnung gesprochen hat. Schon die Tatsache, daß sich die Pfaffen — selber einem guten Trunk nicht abhold — verpflichtet fühlen, ein Gastwirte-Zunftjubiläum mit ihrem Segen zu krönen, entbehrt nicht des Reizes. Noch reizvoller aber ist, was Hochwürden aus diesem Anlaß zu sagen hatte. Der biedere Pfarrer sprach von den „großen heiligen Aufgaben", von den „volkserzieherischen Aufgaben" des deutschen Gastwirtegewerbes, die dieses „vor allem gegenüber der heutigen Jugend" zu erfüllen hat. Diese Aufgaben des „Herbergvaters" — sagt der Pfarrer — sollen darin bestehen, daß er dem Jüngling das Bierglas oder Schnapsglas entzieht, sobald er Gefahr merkt, und sie heimschickt auch wenn der Geschäftsgeist sagen würde Geld stinkt nicht." Also predigte wörtlich der Herr Pfarrer. Er meinte nicht etwa, daß junge Leute am besten überhaupt nicht ins Wirtshaus gehen, er riet den jungen Leuten beileibe nicht, Bierglas oder Schnapsglas erst gar nicht in die Hand zu nehmen, sondern er empfahl ihnen geradezu den Aufenthalt in der Schenke, damit sie dort — von den Wirten zu prächtigen Männern erzogen werden. „Unsere Jugend" — sagte der Pfarrer — „hat sich zum weitaus größten Teile dem erzieherischen Einfluß des Elternhauses, der Kirche und Lehrmeister entzogen". Ersatz für diesen Einfluß soll das väterliche Wort des Herbergvaters bieten, den das christliche deutsche Volk für seine Dienste danken wird. Also in die Kirche wollen die jungen Leute nicht mehr gehen — damit ist's vorbei —: so mögen sie im Wirtshaus Ersatz suchen, bei einem bescheidenen Glas Schnaps. Dies Meinung und Rat des Pfaffen! Mit Wüstlingen und Raufbolden will dieser Diener der Kirche nichts zu tun haben, aber es ist sein innigster Wunsch, daß „ein herzhafter Trunk und eine gemütliche Bleibe dem deutschen Volk erhalten bleibe in seinem altwürdigen Gasthaus" — Die Bleibe bleibe!

Die tschechoslowakische Wein- und Spirituosenzeitung sorgt dafür, daß diese „goldenen Worte" des sächsischen Geistlichen „weiteste Verbreitung finden". Wer Sinn für Humor hat, wird die Tatsache entsprechend zu würdigen wissen, daß Pfaffen die Gastwirte zu Hütern und Erziehern der Jugend stempeln, und daß sie dem christlichen deutschen Volk die „Bleibe" im Wirtshaus als das geeignetste Mittel zur Hebung der Volksbildung, zur sittlichen Ertüchtigung und zum Kampf gegen den Alkohol empfehlen.

An die der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei angehörenden Aerzte.

Dem Vorbilde der sozialdemokratischen Aerzte in Deutschland und Oesterreich sowie der tschechischen sozialdemokratischen Kollegen folgend, wollen wir im Rahmen der Partei eine Organisation der Arztegenossen schaffen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß deren Zahl groß genug ist, um eine starke, lebens- und leistungsfähige Körperschaft zu bilden; wir sind aber auch überzeugt, daß sich ihr ein weites und erfolgverheißendes Betätigungsfeld bieten wird. Es soll ihr Zweck sein, den sozialen Sinn unter den Aerzten zu fördern, die Tätigkeit der Gesetzgebung und Verwaltung, soweit sie sich auf Volksgesundheit und körperliche Ausbildung, Eugenik, soziale Fürsorge und ärztliche Ausbildung bezieht, zu beeinflussen und der Partei in allen diesen Fragen wie überhaupt in allen die öffentliche Gesundheit betreffenden Angelegenheiten beratend zur Seite zu stehen. Wir wollen die Vorhut jener Aerzte bilden, die tief durchdrungen sind von der Ueberzeugung, daß jeder soziale und kulturelle Fortschritt die Mitarbeit der Aerzte verlangt und bedarf, und darum ihre werktätige Hilfe bieten wollen zur Befreiung der arbeitenden Menschen aus den Fesseln der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung. Wir wissen, daß nur auf diesem Wege auch die Aerzteschaft selbst wieder sittlich frei werden wird, die heute vom Kapitalismus zum Lohnsklaventum verurteilt ist.

Es sei ausdrücklich festgestellt, daß die geplante Organisation keinerlei Spitze gegen den Reichsverband der deutschen Aerztevereine enthalten oder gar mit ihm in Wettbewerb treten soll. Ihr Tätigkeitsgebiet liegt auf einem ganz anderen Felde, ihr Zweck kreuzt sich in keiner Weise mit dem des Reichsverbandes, dem wir ja alle angehören und in dem wir auch weiterhin mitarbeiten und unsere Ueberzeugungen zur Geltung bringen wollen.

Wir fordern alle gleichgesinnten Kollegen zum Beitritte und zur Mitarbeit auf; sobald sich eine genügende Zahl gemeldet haben wird, werden Satzungen ausgearbeitet und der Behörde zur Genehmigung vorgelegt werden. Wir hoffen, daß die Konstituierung, zu der durch die Parteipresse eingeladen werden soll, schon in kurzer Zeit wird stattfinden können.

Jene Kollegen, die bereit sind, sich der in Aussicht genommenen Organisation anzuschließen, werden gebeten, sich bei Genossen Dr. A. Holitscher, Pirkenhammer bei Karlsbad, anzumelden.

Abg. Dr. A. Holitscher.
Prof. Dr. A. Biedl.

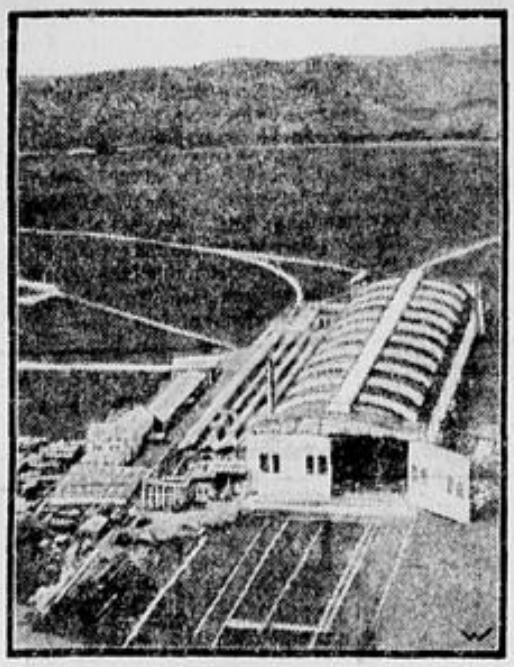
Die liebevolle Fürsorge eines Zensors kann ein Blatt, das sich seiner besonderen Aufmerksamkeit erfreut, ungeheuere Summen kosten. So teilt der „Slovak" mit, daß er unter der bisherigen Amtstätigkeit des Justizministers Dolanský durch das Wüten des Zensors einen Schaden von 2.5 Millionen Kronen erleidet.

Wieder eine Korruptionsaffäre. Wie der Prerauer „Obzor" meldet, wird derzeit in Olmütz eine große Korruptionsaffäre untersucht, in die Personen auch aus Böhmen verwickelt sein sollen. Es handelt sich angeblich um riesige Summen. — Es wird, wie man sieht, in der Tschechoslowakei schon dafür gesorgt, daß die Bevölkerung das Wort Korruption nicht aus den Ohren verliert. Wird's in Prag etwas ruhiger, so machen die Provinzstädte ihren Anspruch auf (Korruptions)-Ruhmestaten geltend, obwohl der Staat mit seinen Affären eigentlich schon hinlänglich genug berühmt geworden ist.

Inskriptionen an der Deutschen Universität. Bis zum gestrigen Tage waren für das Wintersemester 1924/25 an der Deutschen Universität 3281 Studierende gegen 3250 im Vorjahre inskribiert. Davon entfallen auf die theologische Fakultät 32 (29 im Vorjahre), auf die Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät 1025 (966), auf die medizinische 1105 (1164), auf die philosophische 613 (571) und auf die naturwissenschaftliche 506 (520). Auffallend ist das Zuströmen zum Rechtsstudium, täglich laufen Anmeldungen und Anfragen von den an ausländischen Hochschulen studierenden Juristen aus der Tschechoslowakei ein. Wahrscheinlich wird die Zahl der Juristen die der Mediziner erreichen, wenn nicht gar überschreiten. Gewiß übt die Erschwerung der Nostrifizierung, welche derzeit gehandhabt wird, einen starken Einfluß auf die Besuchsziffern an der Deutschen Universität aus. Das Plus an der philosophischen Fakultät ist durch das Zuströmen zu den Sprachkursen zu erklären. Die Zahl der Naturwissenschaftler nimmt ab, da die Aussichten auf eine Existenz infolge der durch Auflösung deutscher Mittelschulen bedingten geringeren Nachfrage nach neuen Kräften gering ist. Die Zahl der Mediziner dürfte durch Nostrifikanten auf die vorjährige Höhe kommen.

Die neue Aufkündigungs- und Ausziehordnung für Böhmen ist nunmehr auch im Landesgesetzblatte kundgemacht worden. Diese neue Ordnung tritt am 16. Dezember 1924 in Geltung. Die nächsten vierteljährigen Aufkündigungen nach dem 16. Dezember d. J. müssen bereits nach der neuen Aufkündigungs- und Ausziehordnung erteilt werden u. zw. in den ersten 14 Tagen des Monates Jänner 1925 mit Wirksamkeit vom 1. April 1925; nächsten halbmonatlichen Aufkündigungen am 1. Jänner 1925 mit Wirksamkeit vom 16. Jänner 1925.

Die Zeppelinwerft in Friedrichshafen



Die Friedrichshafener Werft, aus der „Z. R. III." hervorgegangen ist und die nach dem Versailler Friedensvertrag jetzt zerstört werden soll, vom Luftschiff aus gesehen.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. In der Stadt Deutsch-Gabel wird derzeit die Kanalisierung durchgeführt. In einigen Straßen müssen zur Erzielung des erforderlichen Gefälles die Stellen für die Kanalrohre stellenweise in einer Tiefe von über vier Metern geführt werden. Da der Grund zumeist aus reinem Sand besteht, müssen die einzelnen „Figuren" zur Sicherheit der Arbeiter mit Brettern ausgereizt und verspreizt werden. Um dies zu besorgen, befand sich Freitag vormittag ein beim Kanalbau beschäftigter Ukrainer, Peter Kutschera, mit noch einem zweiten Arbeiter auf der Sohle einer über vier Meter tiefen „Figur", als plötzlich ein großer Teil der einen Stollenwand einstürzte und den Kutschera unter sich begrub. Glücklicherweise lag er so, daß in kurzer Zeit wenigstens sein Kopf freigelegt und so das Atmen ermöglicht werden konnte. Um den Verunglückten gänzlich zu befreien, bedurfte es einer einstündigen angestrengten Arbeit. Kutschera wurde in häuslicher Pflege überführt.

Der Umlauf an Scheidemünzen. Nach dem Berichte des Obersten Rechnungskontrollamtes waren im dritten Quartal des Jahres 1921 in Umlauf: Vom Beginn der Prägung bis zum 30. September 1921: 79,170.227 Stück 1-K-Münzen, 49,625.926 Stück 50-h-Münzen im Werte von 24,812.963 K, 54,775.258 20-h-Münzen im Werte von 10,955.050 Kronen 60 Heller, 29,973.632 Stück 10-h-Münzen im Werte von 2,997.363 K 20 h, 37,683.063 Stück 5-h-Münzen im Werte von 1,884.153 K 15 h, 10,791.262 Stück 2-h-Münzen im Werte von 215.825 Kronen 24 Heller, zusammen Münzen im Werte von 120,035.582 K 19 h.

Der rasende Zugsteil. Zehn Waggons ohne Lokomotive rasten dieser Tage auf der Brünner Strecke ohne Widerstand dahin, nachdem sie sich von einem Güterzug losgerissen hatten und der Bremser abgesprungen war. Sie fuhren mit großer Wucht durch zwei Stationen und kehrten, als sie eine Anhöhe zu überwinden hatten, in die Station zurück, wo sie endlich aufgehalten wurden. Durch Zufall geschah kein Unglück, wie es sich in ähnlicher Weise seinerzeit bei Lissa ereignet hat.

Bau eines neuen Tunnels unter Prag-Weinberge. Zur geplanten Verbesserung der Prager Bahnverkehrsverhältnisse erfährt das deutschgeschriebene Regierungsblatt: Da eine endgültige Regulierung der Verhältnisse bei dem sich stets steigernden Verkehr auf der Pilsener Strecke nicht möglich ist, solange das eingleisige System von Prag-Wilsonbahnhof nach Prag-Smichow beibehalten wird, gedenkt man diese Strecke in eine zweigleisige zu verwandeln, um die klaglose Abwicklung des Verkehrs zu ermöglichen. Während nämlich der Tunnel unter den Weinberge zweigleisig angelegt ist, gabelt sich die Strecke hinter dem Tunnel in zwei eingleisige Linien nach Pilsen und Gmünd. Es wird nun ein Tunnelprojekt erwogen, das als Parallelstollen unter den Weinberg gedacht ist. Dadurch würde sowohl die Pilsener, als auch die Gmünder Strecke in eine zweigleisige verwandelt und der Tunnel viergleisig werden. Dieses großzügige Projekt, das eine wesentliche Voraussetzung zur Lösung der Prager Bahnhofsfrage überhaupt darstellt, befindet sich vorerst noch im Stadium des Studiums seitens der beteiligten Faktoren. Seine Verwirklichung erscheint in erster Linie durch finanzielle Erwägungen bedingt, wenn auch die endliche Durchführung infolge ihrer Notwendigkeit nur eine Frage der Zeit sein kann.

Das Pflaster von Prag macht nun endlich, reichlich spät, der Prager Stadtvertretung Sorgen. Solange Prag nur Landeshauptstadt war, in deren Straßen das Leben und Treiben sich ruhig abspielte, wird das Prager Steinwürfelpflaster sicherlich seinen Dienst zufriedenstellend erfüllt haben. Das ist nun schon Jahre her. Inzwischen ist Prag nicht nur Zentrale eines Staates und eine 700.000 Einwohner zählende große Stadt geworden, es hat sich auch der Verkehr in den Straßen sehr stark entwickelt. Das Prager Pflaster war dieser Verkehrsentwicklung nicht gewachsen. Das Publikum, das beim Gehen über das ausgefahrene Pflaster Gefahr lief, die Füße zu brechen, gewann diese Einsicht bald. Die Stadtvertretung kommt erst heute darauf. Und da man bei uns schon an ein gemütliches Tempo gewöhnt ist, wenn es heißt, Errungenschaften der Technik usw. zu verwerten, so wird nächstes Jahr eine Straße in Prag erst probeweise asphaltiert werden. Ob man dann endlich im Prager Rathaus einsehen wird, daß die Pflasterungsfrage raschest gelöst werden muß, ist eine Frage für sich.

Die Sperrstunde in Groß-Prag. In der Sitzung des Verbandes der tschechoslowakischen Kaufmannschaft wurde die Frage der einheitlichen Sperrstunde der Geschäfte in Groß-Prag erörtert. Seitens des Greminums der Prager Kaufmannschaft wird die siebente Abendstunde für Geschäfte, die nicht Lebensmittel verkaufen, und die achte Abendstunde für sämtliche Lebensmittelgeschäfte vorgeschlagen. Dagegen verlangte die Gehilfenschaft bei diesem Gremium ursprünglich die Sperrstunde um 6, resp. um 7 Uhr und einigte sich schließlich auf den Kompromißvorschlag, daß das Personal die Sperrstunde für Lebensmittelgeschäfte auf halb 8 Uhr abends, für die anderen Geschäfte auf halb 7 Uhr abends verlange. Die Textilhändler, die im Verbande der tschechoslowakischen Textilhändler vereinigt sind, sprachen sich in ihrer Mitgliedersitzung einstimmig für die Sperrstunde um 6 Uhr abends für die Textilbetriebe aus.

Erweiterung des Prager Straßenbahnwaggonpark. Die Prager elektrischen Unternehmungen verhandeln mit den Firmen Skoda, Böhm.-Mährische, Kolben und Křižik bezüglich des Ankaufes neuer Motor- und Schleppwagen. Dem durch die neue Betriebsordnung der Straßenbahn fühlbaren Waggonmangel will die Leitung der Unternehmungen durch Ankauf von 50 bis 80 Motorwagen und einer gleichen Anzahl von Schleppwagen abhelfen. Ein Motorwagen kostet annähernd 350.000 K, ein Schleppwagen 100.000 K. Der Aufwand wird aus der englischen Anleihe gedeckt werden.

Verkauf von billigen Kartoffeln. Das Ernährungsministerium macht darauf aufmerksam, daß die Zentralstelle der Wirtschaftsgenossenschaften in Prag im ehemaligen Holeschowitzer Magazine Kartoffeln zu 55 Heller das Kilo verkauft, die bei Zustellung ins Haus 60 Kronen pro Meterzentner kosten.

Ein Gefängnis zu vermieten! Die furchtbare Wohnungsnot in Deutschland findet einen sichtbaren Ausdruck in folgender öffentlichen Bekanntmachung des Hochbauamtes des mecklenburgischen Städtchens Waren, die also lautet: Das Gefängnis des bisherigen Amtsgerichtes Neukalen, ganz und hoch unterkellert, in Erdgeschoß eine Fünfzimmerwohnung, in den Obergeschossen acht Zellen sowie ein hochummauerter Hof, soll verkauft, beziehungsweise ganz oder getrennt vermietet werden. Angebote bis zum 20. Oktober an das mecklenburg-schwerinische Hochbauamt Waren.

Ein Benzindampfer verbrannt. Wie aus Tripolis gemeldet wird, ist dort der Fiumaner Dampfer „Caprera" mit 12.000 Fässern Benzin an Bord in Flammen aufgegangen. Die Mannschaft ist gerettet.

Eine Million Goldmark Brandschaden. In der Bamberger Kalikofabrik brach ein Großfeuer aus, das Fabrik- und Lagerräume mit 200.000 Metern Seidenstoffen vernichtete. Die wertvolle Rezeptkammer konnte gerettet werden. Der Schaden beträgt ungefähr eine Million Goldmark. Man hofft, den Betrieb in einigen Wochen wieder aufnehmen zu können. Als Brandursache wird Kurzschluß angegeben.

Straßenbahnzusammenstoß im Nebel. Im Zentrum von Augsburg stieß im dichten Nebel ein in voller Fahrt befindlicher Straßenbahnwagen auf einer eingleisigen Strecke mit einem ihm entgegenkommenden Straßenbahnzuge zusammen. Der eine Wagenführer und ein Betriebsbeamter wurden schwer verletzt.

Entgleisung eines Straßenbahnwaggons. Donnerstag abend ist an der Ecke der Engerthstraße und der Hausteinstraße im Wiener Prater der Triebwagen eines gegen die Innstraße fahrenden Straßenbahnzuges infolge des Ueberfahrens eines Wechsels entgleist. Aus den Schienen springend, fuhr der Waggon über den Bürgersteig, demolierte eine Planke und gelangte in den Hof des Oelmagazins der Gemeinde Wien. Der Waggon wurde erheblich beschädigt. Unter den Fahrgästen entstand eine Panik. Vierzehn Personen haben bei dem Unfall leichte Verletzungen erlitten.

Feuergefecht mit Einbrechern. In Hoetensleben bei Magdeburg kam es zwischen vier Polizeibeamten und einer Einbrecherbande, die in einen Gutshof eingedrungen waren, zu einem Feuergefecht. Ein Polizeibeamter wurde durch einen Herzschuß getötet. Sämtliche Banditen sind entkommen.

Der Luftverkehr in Klein- und Zentralasien. Die Junkers-Gesellschaft hat, wie der Ost-Expreß meldet, die Vorarbeiten zur Eröffnung der Fluglinie Baku-Teheran abgeschlossen. Die Linie wird noch im Laufe des Oktober in Betrieb genommen. — Die Luftstrecken Taschkent—Werny und Buchara—China in Zentralasien befinde sich bereits seit einigen Monaten im Betriebe. Ein Flugzeug braucht sechs Stunden und 30 Minuten, um die Luftstrecke Taschkent—Werny zurückzulegen, während mit der Eisenbahn eine Reise von mehreren Tagen notwendig ist. Zwischen diesen beiden Städten verkehren die Flugzeuge dreimal in der Woche, dagegen auf der Strecke Buchara—Chiwa nur zweimal wöchentlich, wobei die Flugdauer über vier Stunden beträgt.

Witterungsübersicht vom 18. Oktober. Freitag herrschte im Gebiete der Republik vorwiegend heiteres, ruhiges und trockenes Wetter. Neblig war es nur in den mittleren und westlichen Teilen Böhmens. Die Höchsttemperaturen überschritten in Böhmen und Mähren nicht 18 Grad Celsius. In der allgemeinen Druckverteilung beginnt nunmehr der Einfluß des westlichen Hochdruckes zu überwiegen. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Wechselnd bewölkt, im ganzen schon, ziemlich kühl.

Gerichtssaal.

Freispruch vom Brudermord.

Eger, 18. Oktober. In dem Prozesse gegen die Eheleute Johann und Susanne Hartl aus Altwasser bei Marienbad, die des Mordes bezw. der entfernten Mitschuld des Mordes an dem Bruder Hartls angeklagt waren, wurde heute das Urteil gefällt. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage, worauf der Vorsitzende den Freispruch verkündet. Der Staatsanwalt meldete die Nichtigkeitsbeschwerde an.

Ein Todesurteil in Pilsen. Vor dem Pilsner Schwurgericht hatte sich wegen des Verbrechens des Meuchelmordes Franz Gruber aus Hochofen bei Taus zu verantworten. Das Häuschen, in der er mit seiner Frau wohnte, erhielt er von seinen Eltern, die sich ein Ausgedinge ausgemacht hatten. Nach dem Tode seines Vaters beschlossen Gruber und seine Frau, sich der Mutter zu entledigen. Sie gaben ihr nichts zu essen und zahlten ihr auch nicht das Ausgedinge aus. Am 11. August abends brach der mißratene Sohn, wie schon öfters vordem, einen heftigen Streit mit seiner Mutter vom Zaun, würgte sie und, damit es scheine, daß die arme Frau durch Selbstmord geendet hat, hängte er sie auf dem Fensterrahmen ihrer Stube auf. Es kam zutage, daß die Greisin ermordet wurde. Die Geschworenen sprachen nach einstündiger Beratung Franz Gruber in vollem Umfange der Klage schuldig und das Gericht verurteilte ihn zum Tode durch den Strang. Der Verteidiger erhob die Nichtigkeitsbeschwerde.

Volkswirtschaft.

Die Charte der britischen Gewerkschaften.

Die vom englischen Gewerkschaftskongreß in Hull angenommene „Charte (Grundrechte) der Arbeit" hat folgenden Wortlaut:

„Der Kongreß bestätigt die früheren Kongreßbeschlüsse, betreffend die notwendigen und grundlegenden Aenderungen des gegenwärtigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Systems und beschließt, diese Beschlüsse als „Charte der Arbeit" zu formulieren. Er erklärt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Verwirklichung der in der Charte aufgestellten Forderungen, die von Zeit zu Zeit durch Kongresse revidiert und ergänzt werden können, eintreten zu wollen. Die Charte hat folgenden Wortlaut:

1. Staatliche Uebernahme und Kontrolle der natürlichen Reichtümer und öffentlichen Dienste.
   a) Nationalisierung von Grund und Boden, Bergwerken und Mineralien.
   b) Nationalisierung der Eisenbahnen.
   c) Ausbreitung aller staatlichen und Gemeindeunternehmungen, um allen sozialen Notwendigkeiten und Bedürfnissen Rechnung zu tragen.
2. Löhne und Arbeitszeit:
   a) Gesetzliche 44stündige Maximalarbeitswoche.
   b) Gesetzliche Mindestlöhne für alle Industrien und Berufe.
3. Arbeitslosigkeit.
   a) Maßnahmen zur Verhütung der Arbeitslosigkeit und ausreichende Erwerbslosen-Unterstützung.
   b) Einrichtung für sachliche Ausbildung von jugendlichen Erwerbslosen.
   c) Schaffung von Erleichterungen für berufliche Ausbildung von jugendlichen Arbeitslosen in Zeiten wirtschaftlicher Depression.
4. Wohnungsfürsorge:
   Maßnahmen betreffend gesunde und geeignete Arbeiterwohnungen.
5. Erziehung:
   Schaffung aller Erleichterungen seitens des Staates für den Uebergang vom Elementarschulunterricht zu den Hochschulen.
6. Betriebsunfälle und Krankheit.
   Gewährung ausreichender Unterstützung und Entschädigung für alle Arten von Betriebsunfällen und Krankheiten.
7. Pensionen:
   a) Alterspensionen vom 60. Lebensjahre an für alle Arbeiter.
   b) Pensionen für verwitwete Mütter und Unmündige.

Der Kongreß beauftragt den Generalrat, in allen Teilen des Landes eine Kampagne einzuleiten, um die öffentliche Meinung zur Unterstützung dieser Charte aufzufordern.

Der Kongreß macht es ferner dem Generalrat zur Pflicht, auf jedem Jahreskongreß der britischen Gewerkschaften über den Umfang der zu Gunsten dieser Forderungen unternommenen Propaganda, sowie über die erreichten Fortschritte zu berichten und beschließt, daß kein Antrag, der auf eine neuerliche Bestätigung oder Beseitigung irgend eines der in der Charte enthaltenen Punktes abzielt, innerhalb dreier Jahre, gerechnet vom Tage der Annahme des betreffenden Gegenstandes durch den Kongreß auf die Tagesordnung gesetzt werden kann, es sei denn, daß ihn der Generalrat als dringlich bezeichnet.

Internationale Berufssekretariate und die Russenfrage.

Schon seit geraumer Zeit und besonders seit dem Wiener Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes weisen die Russen immer und immer wieder auf die Linksströmung bei den internationalen Berufssekretariaten hin, womit angedeutet wird, daß durch die auf dem Wiener Kongreß betreffend die Beziehungen zwischen dem I. G. B. und den Internationalen Berufssekretariaten gefaßten Beschlüsse sozusagen eine Hintertür geöffnet wurde, durch die die Russen ihr Ziel der Zerstörung der regulären Gewerkschaften erreichen können. Ohne Kommentar geben wir nachstehend die Liste der Konferenzen und Kongresse wieder, die in den letzten Monaten von Internationalen Berufssekretariaten abgehalten wurden und auf denen mit oder ohne Diskussion die Aufnahme der Russen abgelehnt oder vertagt worden ist:

Bekleidungsarbeiter 29. und 30. Mai Wien, Bauarbeiter 24. und 25. Juni, Stockholm; Transportarbeiter, Juli, Hamburg; Metallarbeiter, 26. Juli, Wien; Friseurgehilfen, 21. bis 23. Juli, Wien; Bergarbeiter, 5. bis 12. August, Prag; Pelzarbeiter, Juli, Berlin; Textilarbeiter, 17. bis 21. August, Wien; Buchdrucker, 8. bis 13. Aug. Hamburg; Glasarbeiter, 18. September, Prag; Landarbeiter, 17. September, Berlin; P. T. T.-Arbeiter, 14. bis 17. September, Wien und Lederarbeiter, 21. bis 25. Juli, Berlin.

Tagung der graphischen Union. Am 1. und 2. November findet in der Vereinshalle in Reichenberg die dritte ordentliche Hauptversammlung der graphischen Union statt. Außer Berichten sind auf der Tagesordnung Fragen der Organisation und der Taktik, Aenderung des Statuts und der Geschäftsordnung sowie Wahlen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Der große Erfolg des letzten Jahres — des ersten, wo die Firma Busch auch en detail verkaufte — hat die genannte Firma dazu ermutigt, einen schon im Vorjahre viel verlangten Artikel neu einzuführen — Pelze. Der Ruf der Firma Busch bürgt dafür, daß das Publikum nur erstklassige, fachmännisch im Hause unter ständiger Aufsicht verarbeitete Ware erhält und das zu Preisen, welche den „Luxus" eines Pelzes von nun ab auch den breitesten Schichten des Mittelstandes zugänglich machen werden. Die Lokale der Firma Busch befinden sich nur im 1. Stock des sogenannten Großen Bazars (Prag, Pelikopy, Mitte des Grabens). Eingang im Hause, 1. Stiege. Die Firma hat keinerlei Schaufenster. 2968

Das Beste für Ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch,** Prag,
Graben 25, Kl. Bazar.
1332

Amerikanische Dauerbrandöfen und Kamine. AMERICAN HEATING A.G. PRAG TEL. 3428 NARODNÍ TŘ. 33.
2975

Der Film.

Lido-Bio: Es lebe der König! Ein Film mit Jackie Coogan. Man geht hin mit großen Erwartungen, denn Jackie — das ist bekanntermaßen etwas Großartiges. Aber diesmal ist man ein wenig enttäuscht. Jackie ist groß geworden in jeder Beziehung und bekommt langsam die Allüren eines Filmstars. Wenn er sich umdreht, wenn er weint oder gähnt — Pola Negri oder Fern Andra würden dies genau so tun, denn merkwürdigerweise hat er weibliche Bewegungen. Ueber den Film selbst wäre zu sagen, daß er wohl als monarchistischer Tendenzfilm gemeint ist, was man aus der Darstellung des Revolutionsausschusses und der Revolution überhaupt erkennen kann. Andererseits, sozusagen um es allen recht zu machen, zeigt er die Hofintrigen, den senilen Eigensinn des alten Kaisers, der auf der Hochzeit der Prinzessin besteht, Jackie als neugebackenen König, wie man ihn sich herziger nicht denken kann, der seinem Offizier den höchsten Orden des Landes für — treue Pflege seines Hundes verleiht. Man tut gut, den Film eben nur als Gelegenheit zu betrachten, Jackie den Leuten vorzuführen. Denn trotz der kleinen Fehler ist er noch ein entzückender kleiner König, der z. B. beim Exerzieren von seinen langbeinigen Truppen einfach überlaufen wird und verdutzt plötzlich im Rücken des Regimentes steht. Entzückend ist auch die Szene, wie er seine erlauchte Tante nachahmt und von ihr ertappt wird. Im großen und ganzen ist man sehr befriedigt von dem Film, da er sehr schöne Aufnahmen und eine außerordentlich deutliche Photographie zeigt. I. K.

Wran-Urania-Kino: Der kleine Bettelmusikant. Hier ist noch der echte Jackie Coogan, der einen entzückenden Film liefert, auch wenn die Dramaturgen ihn mit etwas zuviel amerikanischer Sentimentalität getränkt haben. Als armes Proletarierkind war Jackie immer am besten. Er kann sich kindlich geben und braucht nicht studieren, wie man sich als König zu benehmen hat. Kurz gesagt: ein guter Jackie Coogan-Film, und das besagt etwas.

Kunst und Wissen.

Urania. In der Urania stellte sich Freitag dem Publikum — dessen klügerer und größerer Teil ferngeblieben war — eine Dame vor, die einen französischen Namen und viele Kostüme hat. Sie gab sich sichtliche Mühe, einige turnerische Freiübungen zu produzieren. Es blieb leider beim guten Willen. Warum die Veranstaltung „Tanzabend" hieß, blieb ebenso unklar, wie der Grund, der die Urania-Direktion veranlaßte, sie überhaupt ins Werk zu setzen. Nicht vergessen sei, daß zwischen den Springversuchen ein Geiger auftrat. Er spielte anscheinend für einen ihm befreundeten Teil der Besucher. Man macht das besser daheim. —el.

Spielplan des Neuen Theaters. Sonntag nachmittags „Der Kuß", abends Premiere „Gräfin Mariza"; Montag „Die Jüdin"; Dienstag

Gastspiel Jicha-Götzl „Don Juan“; Mittwoch „Gräfin Mariza“; Donnerstag „Emilia Galotti“; Freitag „Voluta“. Samstag halb 8 Uhr „Ariadne auf Naxos“; Sonntag nachmittags „Fideler Bauer“, abends „Gräfin Mariza“

Spielplan der Kleinen Bühne. Sonntag nachmittags 3 Uhr „Deutsche Kleinstädter“, abends „Der Illusionist“; Montag Arbeitervorstellung „Wer weint um Juckenack“; Dienstag Gastspiel Ida Roland „Die Schwester“; Mittwoch Gastspiel Ida Roland „Die Schwester“; Donnerstag Gastspiel Glöckner-Kramer „Die kleine Sünderin“; Freitag Bankbeamten-Vorstellung „Frühlingserwachen“; Samstag „Illusionist“; Sonntag nachmittags „Kolportage“, abends „Der Illusionist“.

Vereinsnachrichten.

Urania.

Wochenprogramm.

Heute, halb 11 Uhr: „Die Biene“, Kulturfilmvorführung.

Heute, 4 Uhr: „Lustiger Wilhelm Busch-Nachmittag“ mit zahlreichen Lichtbildern. Dr. Erich Fortner (Wien). Empfehlenswert für Groß und Klein.

Montag, 8 Uhr: „Sexualität, Liebe und Erotik“, Dr. Bernhard A. Bauer (Wien). Nur für Frauen und Mädchen zugänglich.

Montag, 8 Uhr, Kinosaal: „Die Biene“, Kulturgroßfilm.

Dienstag, 8 Uhr: „Rothenburg ob der Tauber“, großer Lichtbildervortrag, Dr. Erich Fortner (Wien).

Dienstag, 8 Uhr: Radio-Bund, 3. Kurs: „Allgemeine Einführung in die Elektrizitätslehre“, Oberingenieur Stein. Frei für Mitglieder des Radio-Bundes. (Jahreskarte 15 K.) Einzelkarten 3 K.

Mittwoch, 4 Uhr: Modernes Bildungsinstitut Urania: Beginn der neuen Nachmittags- und Abendkurse.

Donnerstag, 8 Uhr: Zweiter Homunkulus-Abend (Dr. Robert Weil-Wien): „Aus eigenen Dichtungen.“

Donnerstag, 8 Uhr: „Zu Lande nach China im Wandel der Jahrtausende“ mit Lichtbildern, Doz. Dr. A. Herrmann (Berlin).

Freitag, 6¾ Uhr: „Goethe“, 4.: „Idealismus und Realismus“ (Götz und Faust), Kirchenrat Dr. Zilchert.

Freitag, 8 Uhr: Liederabend „Typen der Zeit“ mit einleitendem Vortrag von Oskar Baum. Mitwirkend: Tilly de Garmo, Josef Schwarz vom Neuen Deutschen Theater. Am Klavier: Alex. Zemlinsky.

Samstag, 3 Uhr: Kulturfilmvorführung.

Dazu sämtliche Kurse des „Modernen Bildungsinstitutes Urania“: Kurse für höhere Frauen- und Mädchenbildung, sowie die „Neuen Nachmittags- und Abendkurse“ und des „Radio-Bundes“.

Karten zu allen Veranstaltungen, Mitgliedsanmeldungen und Kartenerneuerung: täglich halb 10 bis 1 und 3 bis 7 Uhr an der Bio-Urania-Kasse, Smečky 22.

Jackie Coogan im „Uran-Urania-Kino“: „Daddy, der arme Bettelmusikant“ durchzieht die weite Welt, singend, spielend, bis er seinen Vater, den weltberühmten Geiger, wiederfindet. Heute 3, halb 6 und 8 Uhr. Montag halb 6 Uhr. 3001

Aus der Partei.

Der dritte Tätigkeitsbericht des Klubs der Abgeordneten und Senatoren der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei wird in den nächsten Tagen erscheinen. Wir machen schon jetzt alle Parteigenossen auf dieses Handbuch aufmerksam, das zum Verständnis der verwickelten politischen und sozialen Verhältnisse der Tschechoslowakei unentbehrlich ist, da es durch zusammenfassende und übersichtliche Darstellung der parlamentarischen Tätigkeit in den letzten beiden Jahren ein Gesamtbild unseres politischen Lebens bietet. Vor allem aber gibt es den Vertrauensmännern äußerst reichhaltiges Material für ihre Parteiarbeit. Der Bericht wird bei allen Parteibuchhandlungen und durch Vermittlung der Bezirksorganisationen erhältlich sein. Der Preis wird mit der nächsten Verlautbarung bekanntgegeben werden.

Sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag. Dienstag, den 21. Oktober, 8 Uhr abends, findet im Restaurant „Goldenes Kreuzel“, Prag II., Nekazanka, die Jahresversammlung statt. Da in dieser Versammlung für die Bezirksorganisation wichtige Anträge zur Beratung und Beschlußfassung gelangen, werden alle Genossinnen und Genossen ersucht, bei dieser Versammlung anwesend zu sein.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Čermak.
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riehner.
Druck: Deutsche Zeitungs-A.-G. Prag
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Kalla's Fischkonserven
werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall **bevorzugt.**
Verlangen Sie daher nur 2871
Kalla's Fischkonserven
In allen Konsumvereinen erhältlich.

Wir ersuchen höflichst bei Bestellungen und sonstigen Anknüpfungen, welche auf Grund hier abgedruckter Anzeigen erfolgen, sich ausdrücklich auf den
„Sozialdemokrat“
berufen zu wollen.

„GEC“ Margarine Vitello
viel billiger
als Schweinefett
Erhältlich in allen **Konsumvereins-Filialen!** 2900

BERSON GUMMI-ABSÄTZE
müssen Sie schon beim Einkauf neuer Schuhe verlangen.
BERSON GUMMI-ABSÄTZE
geben dem Schuh Eleganz und bewirken ein angenehmes Tragen. 2971

Herrenhandschuh
Ia. Nappa mit Futter Kč 39·—
Ia. Nappa ohne Futter Kč 34·—
Ia. Trikot mit Futter Kč 8·—
VIGO
Celetná 2 3000

Erhältlich in allen Konsumvereinen!
Der echte „GEC“ Feigenkaffee
wird aus edelstem Feigenmaterial hergestellt. Er ist unerreicht an Qualität und Ausgiebigkeit und deshalb am sparsamsten im Gebrauch!
Erhältlich in allen Konsumvereinen!

Verlangen Sie die führenden amerikanischen prima Schweine-Schmalzmarken und schönsten Speckschnitte
„Apcc“ und „Morrell“
1301 Vertreter für die Cechoslowakei.
Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33.
Drahtanschrift: „Rostra“. Telephon 6687.

KING
der König der Winterröcke!
Vollkommener Ersatz für einen teueren Stadtpelz!
Der „KING“ hat einen hochfeinen Überzug wie ein Stadtpelz, einen echten Pelz-Schalkragen, innen schwarzen oder braunen Wollplüsch, der wärmer und dauerhafter ist als Fell, da er nicht haart.
Den echten Original-„KING“ um Kč 850.-
erhalten Sie ausschließlich bei der Firma
STRÁNSKÝ, PRAG, Hybernská.
Alles anderweitig Angebotene ist minderwertige Nachahmung! Der Name „KING“ ist gesetzlich geschützt.
:-: Missbrauch wird gerichtlich verfolgt! :-: 2997

Pieringer Senf u. Essig
ist der beste
zu haben in allen Konsum-Vereinen. 64

Leitfaden zur Religionsgeschichte der Menschheit
Von Gustav Tschirn, Prediger in Wiesbaden
(Für Jugendunterricht und zu Selbstbelehrungszwecken)
Preis 4 Kronen
Große Auswahl anderer erzieherischer u. erbaulicher Schriften für neues Menschentum (Verzeichnisse kostenlos)
Volksbuchhandlung
Teplitz-Schönau
Theresiengasse Nr. 18—20

Der Mensch und die Sonne.
Bade deinen Körper im Sonnenlicht! Mache ihn gesund und schön! Von Hans Surén. Über 100 herrliche Naturaufnahmen männlicher u. weiblicher Körper im Spiel der Sonne u. 24 Lichtbildertafeln auf feinem Kunstdruck. 7 Bogen Text. Mehrfarbige Umschlagzeichnung von Prof. Ludw. Hohlweg.
Preis: Broschiert Kč 26·40 Fest gebunden Kč 33.—
Volksbuchhandlung
Kremser & Co.
Teplitz-Schönau,
Theresiengasse 18—20

Inserieren Sie im „Sozialdemokrat“

Unsere Pelze
Wildkatze Paletots von Kč 1030.- aufwärts
Seal-electric Paletots von Kč 1500.- aufwärts
Sling Paletots von Kč 1080.- aufwärts
Kid Paletots von Kč 1550.- aufwärts
Kragen und Manschetten aus amerikanischem Opossum
Gazelle Paletots von Kč 1285.- aufwärts
Kragen und Manschetten aus amerikanischem Opossum
Bibret Paletots von Kč 1800.- aufwärts
Gazelle Mäntel von Kč 2350.- aufwärts
Erstklassig in Façon — Ausarbeitung — Qualität
Damen- und Backfisch **Konfektion** en gros und en detail
Prag Příkopy 27 BUSCH Großer Bazar nur I. Stock
Mitte des Grabens
Keine Schaufenster — Eingang im Hause
Über Mittag geöffnet — Besichtigung frei — Telephon Nr. 4649
Volksabteilung — Modellabteilung — Pelzabteilung
Einziger Verkauf zu Fabrikspreisen direkt an den Konsumenten
Mäntel - Kostüme - Paletots - Capes - Pelze - Kleider - wasserdichte Mäntel
Wir führen nur in unseren eigenen Werkstätten — nach Pariser und Wiener Modellen — erzeugte Ware. 2966

Kauft nur bei unseren Inserenten!